

Handbuch Zwangsvollstreckungsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dipl.-Rpfl. Ulrich Keller

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Bearbeitet von

Björn Frische

Rechtsanwalt, Leipzig

Prof. Dr. Oliver Horsky, LL.M. Dipl.-Rpfl.

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Prof. Dipl.-Rpfl. Ulrich Keller

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Niklas Lütcke

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht, Berlin

Dipl.-Rpfl. Sabine Müller

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin

Prof. Dr. Matthias Nicht

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Dipl.-Rpfl. Ernst Riedel

Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Rechtspflege,
Starnberg

Dipl.-Rpfl. Michael Schrandt

Landgericht Dresden

Prof. Dipl.-Rpfl. Brigitte Steder

Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Prof. Dr. Antje G. I. Tölle

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

2., völlig neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

ESV.info/978-3-503-17088-3

Zitiervorschlag:

Bearbeiter, in: Keller, Handbuch Zwangsvollstreckungsrecht, Kap. ..., Rn. ...

1. Auflage 2013

2. Auflage 2024

Gedrucktes Werk: ISBN 978-3-503-17088-3

eBook: ISBN 978-3-503-17089-0

ISSN 1865-4185

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2024

www.ESV.info

Satz: Arnold & Domnick, Leipzig

Druck und Bindung: C.H. Beck, Nördlingen

Vorwort

Lange Zeit galt das Zwangsvollstreckungsrecht als weitgehend statisches und formalistisches Rechtsgebiet. Das hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Der Gesetzgeber reformierte weite Bereiche des Zwangsvollstreckungsrechts grundlegend, von den zahlreichen Änderungen des Insolvenzrechts ganz zu schweigen. Allein die Immobiliervollstreckung blieb vom Reformeifer des Gesetzgebers bisher verschont, obwohl auch hier in Detailfragen durchaus Reformbedarf besteht.

Unter den vielen Gesetzen, die zu berücksichtigen waren, seien nur exemplarisch genannt das Gesetz zur Durchführung der Verordnung über europäische Kontenpfändung vom 21. November 2016 (BGBl. I S. 2591), das Gesetz zur Verbesserung der Sachaufklärung in der Verwaltungsvollstreckung vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2094), das Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz vom 22. November 2020 (BGBl. I S. 2466) und das Gerichtsvollzieherchutzgesetz vom 7. Mai 2020 (BGBl. I S. 850). Im Bereich des Insolvenzrechts sind zu nennen das Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256) und das Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3328). Für das Zwangsvollstreckungsrecht bedeutsam ist natürlich auch die Weiterentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs, insbesondere auch im Hinblick auf die Antragsübermittlung durch Anwälte und die Verwendung der amtlichen Formulare. Berücksichtigt ist dabei auch die Zwangsvollstreckungsformularverordnung vom 16.12.2022 (BGBl. I S. 2368; hinsichtlich des Übergangszeitraums geändert durch Verordnung vom 24.11.2023, BGBl. I Nr. 320), die sämtliche verpflichtend zu verwendenden Formulare neu herausgebracht hat.

Die Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2024 vom 10. Mai 2024 (BGBl. I Nr. 160) mit der Berichtigung durch Bekanntmachung vom 24. Mai 2024 (BGBl. I Nr. 165a) konnte leider nur noch in diesem Vorwort berücksichtigt werden, weil der Herstellungsprozess des Werkes bereits fortgeschritten war und weitere Verzögerungen nicht mehr zumutbar waren. Weil die Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen sich jährlich zum 1. Juli eines Jahres ändern, müssen bei den umfangreichen Berechnungsbeispielen zu Kapitel 3 Abschnitt B ohnehin stets Änderungen mitbedacht werden.

Die zweite Auflage des Handbuchs Zwangsvollstreckungsrecht erscheint daher unter Berücksichtigung der zahlreichen Gesetzesänderungen sowie der umfangreich ergangenen Rechtsprechung hochaktuell. Sie dient der Rechtspraxis, sowohl Gläubigern und Schuldern als auch den Gerichten, beinhaltet aber auch fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzungen und eigene Stellungnahmen zu streitigen Themen des Vollstreckungs- und Insolvenzrechts.

Im Bearbeiterkreis haben sich gegenüber der Voraufgabe einige Änderungen ergeben. Die von Dipl.-Rpfl. Klaus Rellermeyer bearbeiteten Teile des Kapitel 1 hat der Herausgeber übernommen. In Kapitel 6 und 7 ist Herr Rechtsanwalt Dr. Michael C. Frege ausgeschieden, die Abschnitte wurden mit Hilfe der Rechtsanwälte Niklas Lütcke und Björn Frische neu bearbeitet. Für Herrn VorsRiOLG Rudolf Kellendorfer ist Prof. Dr. Antje Tölle in den Bearbeiterkreis eingetreten. Das Kapitel 9 mit den Kosten der Zwangsvollstreckung hat Herr Prof. Dr. Oliver Horsky von Frau Dipl.-Rpfl. Renate Baronin von König übernommen.

Möge auch die zweite Auflage in Wissenschaft und Rechtspraxis freundliche Aufnahme finden und helfen, Probleme zu lösen. Für Hinweise sind der Herausgeber und die Autorinnen und Autoren stets dankbar.

Berlin, im Juni 2024

Ulrich Keller

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiterverzeichnis	LV
Literaturverzeichnis.....	LVII
Abkürzungsverzeichnis.....	LXIII

KAPITEL 1

Allgemeine Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung und Rechtsbehelfe

A. Grundlagen der Zwangsvollstreckung.....	3
B. Die allgemeinen und besonderen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung.....	38
C. Die Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung.....	131

KAPITEL 2

Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in körperliche Gegenstände durch den Gerichtsvollzieher

A. Vollstreckungsauftrag und Zahlungsvereinbarungen.....	187
B. Die Pflicht des Schuldners zur Vermögensauskunft.....	213
C. Die Pfändung körperlicher Gegenstände.....	271
D. Formulare zur Erteilung von Vollstreckungsaufträgen und zur Vermögensauskunft.....	315

KAPITEL 3

Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in Forderungen und sonstige Vermögensrechte

A. Pfändung von Forderungen – Allgemein.....	369
B. Pfändung von Arbeitseinkommen	513
C. Das Pfändungsschutzkonto gemäß § 850k ZPO.....	708
D. Pfändung von Sozialleistungen.....	777
E. Die Zwangsvollstreckung in sonstige Vermögensrechte	788
F. Die Zwangsvollstreckung in Grundpfandrechte.....	839
G. Die Zwangsvollstreckung in Ansprüche auf Leistung oder Herausgabe einer Sache.....	861
H. Amtliche Muster für den Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses.....	874

KAPITEL 4

**Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen
in das unbewegliche Vermögen**

A. Grundlagen der Immobilienvollstreckung	901
B. Zwangssicherungshypothek.	914
C. Grundlagen des Zwangsversteigerungsrechts	938
D. Grundzüge des Zwangsversteigerungsverfahrens.	983
E. Grundzüge der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft.	1030
F. Grundzüge des Zwangsverwaltungsverfahrens	1050

KAPITEL 5

**Die Zwangsvollstreckung wegen sonstiger Ansprüche
und Räumungsvollstreckung**

A. Die Zwangsvollstreckung wegen sonstiger Ansprüche	1079
B. Die Räumungsvollstreckung	1089

KAPITEL 6

Grundlagen des Insolvenzrechts

A. Einleitung	1185
B. Grundlagen des Insolvenzrechts	1199
C. Das Regelinsolvenzverfahren im Überblick	1250
D. Das Insolvenzplanverfahren	1287
E. Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung.	1321

KAPITEL 7

Die Gläubigeranfechtung außerhalb des Insolvenzverfahrens

A. Einleitung	1339
B. Abgrenzung zur Anfechtung nach der Insolvenzordnung	1341
C. Das Verfahren zur Durchsetzung der Anfechtung nach dem AnfG	1347

KAPITEL 8

Arrest und einstweilige Verfügung

A. Grundlagen des Arrestes und der einstweiligen Verfügung	1371
B. Anordnung von Arrest und einstweiliger Verfügung.	1398
C. Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung	1418
D. Grenzüberschreitende vorläufige Kontenpfändung.	1442

KAPITEL 9

Die Kosten der Zwangsvollstreckung

A. Die Kostenpflicht des § 788 ZPO	1461
B. Gerichtskosten	1477
C. Gerichtsvollzieherkosten.	1507
D. Rechtsanwaltskosten	1533
Sachverzeichnis	1563

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	LV
Literaturverzeichnis.....	LVII
Abkürzungsverzeichnis.....	LXIII

KAPITEL I

Allgemeine Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung und Rechtsbehelfe

A. Grundlagen der Zwangsvollstreckung.....	3
I. Die Zwangsvollstreckung als Verfahren der Rechtsverwirklichung.....	3
1. Die Bedeutung und die Definition von Zwangsvollstreckung....	3
a) Zwangsvollstreckung ist angewandtes Zivilrecht und nicht bloßes Handwerk	3
b) Die Definition von Zwangsvollstreckung.....	4
2. Das Verhältnis von Erkenntnisverfahren und Zwangsvollstreckung	6
3. Die Zwangsvollstreckung nach Zivilrecht und nach öffentlichem Recht.....	9
4. Die Zwangsvollstreckung als Einzelvollstreckung und als Gesamtvollstreckung	10
5. Zwangsvollstreckungsrecht und Verfassungsrecht.....	11
II. Die Bedeutung der Zwangsvollstreckung im Gemeinwesen	13
1. Rechtsfriede und Zwangsvollstreckung.....	13
2. Der wirtschaftliche Erfolg der Zwangsvollstreckung.....	15
III. Allgemeine Grundstrukturen des Zwangsvollstreckungsrechts ..	16
1. Verfahrensgrundsätze und allgemeine Prozessvoraussetzungen.....	16
a) Die Parteiherrschaft des Gläubigers	16
b) Die allgemeinen Prozessvoraussetzungen	17
c) Die Vertretung insbesondere des Gläubigers	18
aa) Die Vertretung allgemein	18
bb) Die Inkassodienstleistung.....	18
d) Das Rechtsschutzbedürfnis des Gläubigers.....	19
2. Die Zwangsvollstreckung nach der Art des Vollstreckungsanspruchs	19
a) Die Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung (§§ 803 ff. ZPO)	19

b)	Die Zwangsvollstreckung wegen eines Herausgabeanspruchs (§§ 883 ff. ZPO)	20
c)	Die Zwangsvollstreckung wegen Vornahme einer Handlung (§§ 887, 888 ZPO)	20
d)	Die Zwangsvollstreckung wegen Duldung und Unterlassen (§ 890 ZPO)	20
e)	Die Zwangsvollstreckung wegen Abgabe einer Willenserklärung (§ 894 ZPO)	21
3.	Die Zwangsvollstreckung nach dem Objekt des Vollstreckungszugriffs	21
4.	Die zur Zwangsvollstreckung berufenen Organe	22
a)	Der Gerichtsvollzieher	22
b)	Das Vollstreckungsgericht	23
c)	Das Grundbuchamt	23
d)	Das Prozessgericht	24
e)	Die Bedeutung der Zuständigkeit	24
IV.	Taktik der Zwangsvollstreckung und Forderungsmanagement ..	25
1.	Strategien zur Vermeidung der Notwendigkeit von Zwangsvollstreckung	25
2.	Vermeidung der Vollstreckungsgefahr bei der Begründung von Verbindlichkeiten	25
3.	Berücksichtigung des Kostenrisikos bei der Titulierung einer Forderung	27
4.	„Schuldnerzermürbung“ und Telefonmahnung	28
5.	Maßnahmen zur effizienten Zwangsvollstreckung	29
a)	Maßnahmen der Sachverhaltsermittlung	29
b)	Forderungsberechnung	31
c)	Präzise Beauftragung des Gerichtsvollziehers	31
d)	Nutzung der vorläufigen Vollstreckbarkeit	31
e)	Gleichzeitige Vollstreckung in mehrere Vermögenswerte	32
f)	Das Risiko der Insolvenzanfechtung	32
6.	Inkasso und Forderungsverkauf	33
B.	Die allgemeinen und besonderen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	38
I.	Vollstreckungstitel	38
1.	Arten von Vollstreckungstiteln	39
a)	Endurteile	39
aa)	Rechtskraft	40
bb)	Die vorläufige Vollstreckbarkeit	40
b)	Vergleiche	43
aa)	Begriff des Vergleichs	43
bb)	Beteiligte eines Vergleichs	43
cc)	Beilegung eines Rechtsstreits	44
dd)	Abschluss vor einem deutschen Gericht	44
ee)	Abschluss vor einer Gütestelle	46

ff)	Vergleiche im PKH-Prüfungsverfahren oder im selbstständigen Beweisverfahren	49
c)	Kostenfestsetzungsbeschlüsse	49
d)	Mit der Beschwerde anfechtbare Entscheidungen	50
e)	Vollstreckungsbescheide	51
f)	Notarielle Urkunden	52
g)	Gerichtliche Urkunden	54
h)	Arrestbefehle	55
i)	Einstweilige Verfügungen	55
j)	Gerichtliche Beschlüsse nach FamFG	55
k)	Gerichtlich gebilligte Vergleiche nach § 156 Abs. 2 FamFG ...	58
l)	Vollstreckungstitel nach FamFG im Sinne des § 794 ZPO	58
m)	Entscheidungen in Ehesachen und Familienstreitsachen	58
n)	Vollstreckungstitel in Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach dem bis 2009 geltenden Recht	59
o)	Sonstige Vollstreckungstitel nach Bundes- oder Landesrecht	59
p)	Vollstreckungstitel nach EU-Recht	66
q)	Sonstige ausländische Vollstreckungstitel	68
2.	Die Bezeichnung der Parteien im Vollstreckungstitel	70
3.	Besondere Vermögensmassen	72
a)	Nicht rechtsfähiger Verein	72
b)	Gesellschaft bürgerlichen Rechts	73
bb)	Rechtsslage seit 1.1.2024	73
c)	Wohnungseigentümergeinschaft	74
d)	Rechtsfähige Personengesellschaft, Partnerschaft, Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	75
e)	Nießbrauch an einem Vermögen oder an einer Erbschaft.	75
f)	Gütergemeinschaft, Eigentums- und Vermögensgemeinschaft	76
g)	Nachlass	76
h)	Testamentsvollstreckung	76
i)	Insolvenzmasse	77
4.	Vollstreckungsfähiger Inhalt	77
II.	Die Vollstreckungsklausel	79
1.	Das Erfordernis einer Vollstreckungsklausel	79
2.	Zuständigkeit	80
3.	Das Verfahren zur Klauselerteilung	83
4.	Titelergänzende Vollstreckungsklausel	85
a)	Eintritt einer Tatsache	85
b)	Beweislast des Gläubigers	86
c)	Ausnahmen von § 726 Abs. 1 ZPO	87
aa)	Keine dem Gläubiger obliegende Sicherheitsleistung ...	87
bb)	Keine Zug-um-Zug-Leistung	87
cc)	Kein Eintritt eines Kalendertages	87

e)	Der Nachweis des Eintritts der Tatsachen	88
aa)	Öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden.....	88
bb)	Offenkundigkeit von Tatsachen	88
cc)	Zugeständnis des Schuldners.....	89
dd)	Nachweisverzicht	89
f)	Die Prüfung der Vollstreckungsklausel durch das Vollstreckungsorgan	92
5.	Die titelumerschreibende Vollstreckungsklausel	93
a)	Arten der Rechtsnachfolge	95
aa)	Erbfolge.....	95
bb)	Abtretung.....	96
cc)	Ablösung.....	97
dd)	Befriedigung durch Gesamtschuldner.....	97
ee)	Befriedigung durch Bürgen	97
ff)	Befriedigung durch Eigentümer	98
gg)	Befriedigung durch Verpfänder.....	98
hh)	Leistung von Unterhalt	98
ii)	Leistung durch Versicherer.....	98
jj)	Leistung durch Sozialleistungsträger.....	98
kk)	Pfändung.....	101
ll)	Schuldübernahme	101
mm)	Veräußerung der in Streit befangenen Sache	101
nn)	Veränderungen im Gesellschafterbestand	102
oo)	Umwandlung.....	103
b)	Sonderfälle	104
aa)	Prozessstandschaft	104
bb)	Partei kraft Amtes.....	104
cc)	Nacherbe.....	105
dd)	Testamentsvollstrecker	105
ee)	Vermögens- und Firmenübernehmer	105
ff)	Gütergemeinschaft, Eigentums- und Vermögensgemeinschaft.....	106
c)	Der Nachweis der Rechtsnachfolge.....	106
6.	Weitere vollstreckbare Ausfertigung	107
III.	Die Zustellung des Vollstreckungstitels.....	109
1.	Grundsatz.....	109
2.	Zustellungsadressat und Zustellungsempfänger.....	111
3.	Die Ausführung der Zustellung.....	111
IV.	Der Eintritt eines Kalendertages	115
V.	Das Erfordernis der Sicherheitsleistung	116
1.	Höhe der Sicherheitsleistung.....	116
2.	Art und Nachweis der Sicherheitsleistung	116
a)	Bürgschaft.....	116
b)	Hinterlegung.....	118
3.	Sicherungsvollstreckung.....	119

VI. Zug-um-Zug-Leistung	121
1. Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher	122
2. Zwangsvollstreckung durch das Vollstreckungsgericht	124
VII. Vollstreckungshindernisse: Einstellung oder Beschränkung der Zwangsvollstreckung (§ 775 ZPO)	124
1. § 775 Nr. 1 ZPO	124
2. § 775 Nr. 2 ZPO	125
3. § 775 Nr. 3 ZPO	126
4. § 775 Nr. 4 ZPO	126
5. § 775 Nr. 5 ZPO	127
VIII. Vollstreckungshindernisse im Insolvenzverfahren und im Restrukturierungsverfahren	128
IX. Zwangsvollstreckung gegen den Erben vor Erbschaftsannahme (§§ 778, 779 ZPO)	129
X. Vollstreckungsbeschränkende, vollstreckungsausschließende und vollstreckungserweiternde Vereinbarungen	130
C. Die Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung	131
I. Übersicht über das System der Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung	131
1. Die Vielgestaltigkeit und Gliederungssystematiken der Rechtsbehelfe	131
2. Übersicht zu Rechtsbehelfen der Zwangsvollstreckung	134
3. Rechtsbehelfe gegen das Verfahren der Zwangsvollstreckung ...	135
a) Der Rechtsbehelf des Schuldners und eines Dritten	135
b) Der Rechtsbehelf des Gläubigers	138
4. Rechtsbehelfe betreffend materiellrechtliche Einwendungen ...	138
a) Der Rechtsbehelf des Schuldners	138
b) Der Rechtsbehelf eines Dritten	138
II. Rechtsbehelfe im Verfahren der Klauselerteilung	139
1. Die Rechtsbehelfe des Schuldners	139
a) Die Klauselerinnerung nach § 732 ZPO	139
aa) Die Statthaftigkeit der Klauselerinnerung	139
bb) Die Zulässigkeit der Klauselerinnerung	140
cc) Die Begründetheit der Klauselerinnerung	140
dd) Die Entscheidung des Gerichts	141
ee) Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 732 Abs. 2 ZPO	141
b) Die Klauselgegenklage nach § 768 ZPO	142
aa) Die Statthaftigkeit der Klauselgegenklage	142
bb) Die Zulässigkeit der Klauselgegenklage	142
cc) Die Begründetheit der Klauselgegenklage	142
dd) Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 769 ZPO	144
2. Rechtsbehelfe des Gläubigers im Klauselerteilungsverfahren ...	144

III. Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO	145
1. Die Zulässigkeit der Vollstreckungserinnerung	145
2. Die Begründetheit der Vollstreckungserinnerung	146
3. Die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts	147
4. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	148
5. Prüfungsreihenfolge zu den Voraussetzungen der Vollstreckungserinnerung	149
6. Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Gerichtsvollzieher ...	150
a) Verfahren der Dienstaufsichtsbeschwerde	150
b) Das Verhältnis zwischen Dienstaufsichtsbeschwerde und Vollstreckungserinnerung	151
IV. Die sofortige Beschwerde nach § 793 ZPO	152
1. Abgrenzung zur Vollstreckungserinnerung	152
2. Die Zulässigkeit der Beschwerde	152
3. Die Begründetheit der Beschwerde	153
4. Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 570 Abs. 2, 3 ZPO ..	153
V. Die Vollstreckungsgegenklage nach § 767 ZPO	154
1. Die Zulässigkeit der Vollstreckungsgegenklage	154
2. Die Begründetheit der Vollstreckungsgegenklage	155
VI. Die Drittwiderspruchsklage nach § 771 ZPO	159
1. Die Zulässigkeit der Drittwiderspruchsklage	159
2. Die Begründetheit der Drittwiderspruchsklage	160
VII. Die Klage auf vorzugsweise Befriedigung nach § 805 ZPO	162
VIII. Der besondere Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO	162
1. Der Anwendungsbereich der Vorschrift	162
2. Zulässigkeit des Antrags auf Vollstreckungsschutz	163
3. Die Begründetheit des Vollstreckungsschutzes nach § 765a ZPO	163
a) Sittenwidrige Härte der Zwangsvollstreckung	163
b) Fallgruppen	164
aa) Die aussichtslose Vollstreckung durch den Gläubiger ...	164
bb) Die Verschleuderung eines Grundstücks	165
cc) Die konkrete Gefahr des Suizids	165
4. Die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts	166
IX. Die einstweilige Einstellung bei Rechtsmittel gegen den Vollstreckungstitel	167
1. Zweck der einstweiligen Einstellung der Zwangsvollstreckung ..	167
2. Der Anwendungsbereich des § 707 und des § 719 ZPO	168
3. Die Zulässigkeit eines Antrags auf einstweilige Einstellung	170
4. Die Begründetheit des Antrags	171
a) Hinreichende Erfolgsaussicht und Interessenabwägung	171
b) Die Einstellung der Zwangsvollstreckung gegen Sicherheitsleistung	172
c) Die Einstellung der Zwangsvollstreckung ohne Sicherheitsleistung	173

d) Besondere Einstellungsvoraussetzungen beim Versäumnisurteil	174
e) Besondere Einstellungsvoraussetzungen bei § 719 Abs. 2 ZPO.....	174
5. Der Erlass der Entscheidung	175
6. Die Wirkungen der Entscheidung	176
X. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 769 ZPO.....	177
1. Anwendungsbereich der Norm.....	177
2. Die Zulässigkeit der einstweiligen Anordnung	178
3. Die Begründetheit der einstweiligen Anordnung.....	179
4. Der Erlass der einstweiligen Anordnung	179
5. Die Wirkungen der Entscheidung	180
6. Die einstweilige Anordnung des Vollstreckungsgerichts nach § 769 Abs. 2 ZPO	181
a) Der Zweck der Regelung	181
b) Die Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	182
c) Der Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung	182
d) Die Schlüssigkeit der Klage	182
e) Der dringende Fall	182
f) Die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts	183

KAPITEL 2

**Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen
in körperliche Gegenstände
durch den Gerichtsvollzieher**

A. Vollstreckungsauftrag und Zahlungsvereinbarungen	187
I. Der Gerichtsvollzieher als zentrales Organ der Zwangsvollstreckung.....	188
1. Die Rechtsgrundlagen der Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	188
a) Die praktische Bedeutung der Gerichtsvollzieherbeauftragung.....	188
b) Die rechtliche Stellung des Gerichtsvollziehers	189
2. Das Weisungsrecht des Gläubigers.....	191
3. Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers.....	192
4. Die Handlungskompetenzen des Gerichtsvollziehers.....	193
5. Auskunfts- und Unterstützungsersuchen an die Polizeibehörden	195
a) Die Notwendigkeit polizeilicher Unterstützung.....	195
b) Die Prüfung der Notwendigkeit polizeilicher Unterstützung.....	195
c) Das unmittelbare Unterstützungsersuchen.....	195
d) Die Verweigerung der Durchführung des Vollstreckungsauftrages.....	196

II. Der Vollstreckungsauftrag	196
1. Der Auftrag zur Zwangsvollstreckung	
(§ 753 ZPO und § 4 GVGA)	196
a) Formalien der Auftragserteilung	196
b) Die konkrete Inhaltsbestimmung im Auftrag	199
aa) Differenzierungen des Vollstreckungsauftrags	199
bb) Abschrift des Vollstreckungsprotokolls	201
cc) Antrag auf Erlass einer Durchsuchungsanordnung	201
c) Die Nachweise zum Vollstreckungsauftrag	202
aa) Nachweis der Voraussetzungen der	
Zwangsvollstreckung	202
bb) Die Forderungsaufstellung	202
cc) Der Nachweis der Kosten der Zwangsvollstreckung	203
2. Die Aufenthaltsermittlung im Rahmen	
des Vollstreckungsauftrags	203
3. Das Ruhen des Verfahrens auf Bewilligung des Gläubigers	205
III. Gütliche Erledigung und Zahlungsvereinbarungen	206
1. Prüfung des Gerichtsvollziehers im Vorfeld der Vollstreckung	206
a) Die Prüfung der Vollstreckungsvoraussetzungen	206
b) Die Feststellung der Identität des Schuldners	206
c) Die Ankündigung der Zwangsvollstreckung	207
aa) Allgemeine Verhaltensregeln	207
bb) Ankündigung der Zwangsvollstreckung und	
Leistungsaufforderung	208
2. Die Zahlung durch den Schuldner	208
a) Die vollständige Zahlung seitens des Schuldners	208
b) Zahlungsvereinbarung zwischen Gerichtsvollzieher	
und Schuldner	210
B. Die Pflicht des Schuldners zur Vermögensauskunft	213
I. Die Pflicht des Schuldners zur Vermögensauskunft	
nach §§ 802c ff. ZPO	214
1. Allgemeiner Regelungsgehalt der §§ 802c ff. ZPO	214
a) Allgemeine Grundlagen und Gesetzgebungsgeschichte	214
b) Die Verfassungsmäßigkeit der Offenbarungspflicht	216
c) Überblick zu den Auskunfts- und Offenbarungspflichten in	
der Zwangsvollstreckung	217
aa) Abgrenzung zu verschiedenen Arten von	
Offenbarungspflichten	217
bb) Die Vermögensauskunft nach §§ 802c, 807 ZPO	218
cc) Die Pflicht zur Auskunftserteilung nach § 836	
Abs. 3 ZPO.	219
dd) Herausgabe beweglicher Gegenstände, § 883	
Abs. 2 ZPO.	219
d) Die Folgen der Vermögensauskunft für den Schuldner	220
2. Voraussetzungen der Auskunfts- und Offenbarungspflicht	221

a)	Die voraussetzungslose Auskunftspflicht nach § 802c ZPO...	221
b)	Die Offenbarungspflichten nach § 807 Abs. 1 ZPO	222
aa)	Selbstständige Offenbarungspflichten.....	222
bb)	Die Verweigerung des Zutritts	223
cc)	Der erfolglose Pfändungsversuch	225
c)	Die zweijährige Sperrfrist des § 802d ZPO	226
aa)	Handlungsalternativen bei Geltung der Sperrfrist	226
bb)	Die Voraussetzungen der wiederholten Abgabe der Vermögensauskunft	228
cc)	Das Verfahren der wiederholten Abgabe der Vermögensauskunft oder Vermögensoffenbarung ..	230
3.	Das Verfahren zur Vermögensauskunft.....	231
a)	Die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers	231
b)	Zahlungsfrist und Terminladung	232
aa)	Die Zahlungsaufforderung an den Schuldner	232
bb)	Die Bestimmung des Termins und Terminladung	233
cc)	Terminsverlegung.....	234
dd)	Die Abhaltung des Termins	235
c)	Protokoll und Vermögensverzeichnis	236
4.	Der Inhalt der Vermögensauskunft	238
a)	Grundtatbestände zum Vermögensverzeichnis	238
b)	Angabe und Bezeichnung körperlicher Gegenstände	238
c)	Bezeichnung von Forderungen und sonstigen Vermögenswerten	240
aa)	Allgemeines	240
bb)	Angaben zum Arbeitseinkommen	241
cc)	Angaben zu Kapitalanlagen und Versicherungen.....	244
dd)	Angaben des selbstständig tätigen Schuldners	245
ee)	Angaben zu Sozialleistungen.....	246
ff)	Angaben zu gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen	247
gg)	Angaben zu Grundstücksrechten und sonstigen Vermögensrechten	248
d)	Angaben zu unbeweglichem Vermögen	249
e)	Die Angabe anfechtbarer Rechtshandlungen	249
f)	Die Nachbesserung des Vermögensverzeichnisses	250
5.	Checkliste – Inhalt der Vermögensauskunft	252
6.	Die so genannte Drittauskunft bei Behörden nach § 802l ZPO ...	254
II.	Die Anordnung der Erzwingungshaft gegen den Schuldner	256
1.	Die Voraussetzungen der Haftanordnung nach § 802g ZPO.....	256
2.	Voraussetzungen des Haftbefehls.....	258
3.	Erlass des Haftbefehls	259
4.	Die Verhaftung des Schuldners	261
5.	Die Abgabe der Vermögensauskunft	262
6.	Die Haftdauer	263
III.	Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis.....	263
1.	Das elektronische hinterlegte Vermögensverzeichnis.....	263

2.	Das Schuldnerverzeichnis	264
3.	Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis.....	265
	a) Tatbestände der Eintragung	265
	b) Das Verfahren der Eintragung	267
4.	Der Inhalt der Eintragung.....	267
5.	Einsicht, Auskunft und Erteilung von Abdrucken	268
	a) Einsicht in das Schuldnerverzeichnis	268
	b) Erteilung von Abdrucken zum laufenden Bezug	268
6.	Die Löschung der Eintragung	268
IV.	Die Vermögensermittlung nach § 806a ZPO.....	269
C.	Die Pfändung körperlicher Gegenstände	271
I.	Die zwangsweise Durchsuchung der Räume des Schuldners und die Vollstreckung zur Unzeit	272
1.	Die zwangsweise Durchsuchung nach § 758a ZPO.....	272
	a) Der Begriff der Wohnung	272
	b) Der Begriff des Durchsuchens	272
	c) Verweigerte Einwilligung und wiederholtes Nichtantreffen..	274
	d) Das Verfahren zur Erteilung der Durchsuchungsanordnung.....	276
	e) Entbehrlichkeit der Durchsuchungsanordnung bei Gefahr im Verzug	278
2.	Die Vollstreckung zur Unzeit nach § 758a Abs. 4 ZPO	278
II.	Die Pfändung körperlicher Sachen.....	279
1.	Überblick zu den §§ 803 ff. ZPO	279
2.	Das Verbot von Überpfändung und zweckloser Pfändung.....	279
3.	Besonderheiten bei einzelnen Gegenständen	280
	a) Bestandteile, Erzeugnisse und Zubehör eines Grundstücks ..	280
	b) Wertpapiere	282
	aa) Die Arten der Wertpapiere und ihre Pfändung	282
	bb) Die Hilfspfändung nach § 106 GVGA	285
	c) Computer-Hardware und -Software	285
	d) Die besondere Unpfändbarkeit sonstiger Gegenstände	286
4.	Der Gewahrsam des Schuldners (§ 808 ZPO).....	286
	a) Der Begriff des Gewahrsams	286
	b) Der Gewahrsam eines Dritten nach § 809 ZPO	288
5.	Pfändbare und unpfändbare Gegenstände nach § 811 ZPO.....	289
	a) Der Katalog des § 811 ZPO	289
	b) Die Pfändung unpfändbarer Gegenstände nach § 811 Abs. 2 ZPO	293
	c) Die Austauschpfändung nach § 811a ZPO	295
	aa) Die Voraussetzungen der Austauschpfändung	295
	bb) Die vorläufige Austauschpfändung nach § 811b ZPO ...	296
6.	Der Pfändungsakt nach § 808 ZPO	297
	a) Die Pfändung körperlicher Sachen	297
	b) Die Pfändung von Bargeld	298
	c) Die sogenannte Taschenpfändung	299

7. Die Wirkungen der Pfändung	299
a) Verstrickung und Pfandrecht	299
b) Die sogenannte Verstrickung	300
aa) Der Begriff der Verstrickung	300
bb) Die Voraussetzungen wirksamer Verstrickung	301
cc) Die Entstrickung	302
c) Das Pfändungspfandrecht	302
aa) Rechtsnatur und Wirkungen	302
bb) Das Entstehen des Pfändungspfandrechts	303
cc) Die Bedeutung des Theorienstreits	305
8. Die Verwertung der gepfändeten Gegenstände	307
a) Die öffentliche Versteigerung nach §§ 814 ff. ZPO	307
b) Der Verwertungsaufschub bei Zahlungsvereinbarung	309
c) Die andere Verwertung nach § 825 ZPO	309
9. Der Pfandabstand und die Fruchtlosigkeitsbescheinigung	310
a) Der Pfandabstand durch den Gerichtsvollzieher	310
b) Die Bescheinigung der Fruchtlosigkeit nach § 32 GVGA	310
10. Die Zwangsvollstreckung für mehrere Gläubiger	311
a) Die Behandlung mehrerer Aufträge gegen denselben Schuldner	311
b) Zahlungsvereinbarung bei mehreren Gläubigern	312
c) Die Pfändung für mehrere Gläubiger	313
aa) Die gleichzeitige Pfändung eines Gegenstandes	313
bb) Die Anschlusspfändung nach § 826 ZPO	313
cc) Die Auskehr des Erlöses	314
D. Formulare zur Erteilung von Vollstreckungsaufträgen und zur Vermögensauskunft	315
I. Vorbemerkungen	315
II. Vollstreckungsauftrag an den Gerichtsvollzieher	316
III. Antrag auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung	333
IV. Vermögensverzeichnis nebst Anlagen	345

KAPITEL 3

Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in Forderungen und sonstige Vermögensrechte

A. Pfändung von Forderungen – Allgemein	369
I. Ausgangslage	371
II. Die zu pfändende Forderung	373
1. Gegenstand der Pfändung	373
2. Übertragbarkeit der Forderung, § 851 ZPO	374
3. Zukünftige Forderungen	379
4. Noch nicht fällige, bedingte, betagte oder von einer Gegenleistung abhängige Forderung	380
5. Zusammentreffen von Pfändung und Abtretung	380

a)	Einmalige Forderung	380
b)	Wiederkehrende Einkünfte	381
c)	Pfändungszugriff trotz vorgängiger Abtretung des Arbeitseinkommens	381
d)	Schutz des Drittschuldners bei Unkenntnis der Abtretung – Hinterlegung des gepfändeten Betrages	384
6.	Mehrheit von Drittschuldnern	384
III.	Pfändbare und unpfändbare Geldforderungen	
–	Einzelfälle in Grundzügen –	386
1.	Kaufpreisforderung, § 433 Abs. 2 BGB	386
2.	Darlehensforderung § 488 BGB	386
a)	Schuldner als Darlehensgeber	386
b)	Schuldner als Darlehensnehmer	386
3.	Kontopfändung	388
a)	Bezeichnung	388
b)	Umfang	389
c)	„Voraus-/Dauerpfändung“ durch einen Unterhaltsgläubiger	392
d)	Auszahlungssperren gemäß § 835 Abs. 3 Satz 2 ZPO und § 900 Abs. 1 ZPO	392
e)	Gemeinschaftskonten	393
aa)	Oder-Konto	393
bb)	Und-Konto	395
f)	Kontopfändung auf Verdacht	395
g)	Ruhendstellen der Kontopfändung	396
h)	Nutzung von Konten Dritter	397
i)	Sparguthaben	398
j)	Europäischer Beschluss zur vorläufigen Kontopfändung	399
4.	Ansprüche aus Lebensversicherung allgemein	399
a)	Grundsatz	399
b)	Pfändungsbeschränkungen	399
aa)	Sterbegeldversicherung nach § 850b Abs. 1 Nr. 4 ZPO ...	399
bb)	Lebensversicherungen als Altersvorsorgevermögen	401
c)	Kapitallebensversicherung	401
5.	Altersvorsorgevertrag im Sinne des § 851c ZPO	404
a)	Ziel der Regelung	404
b)	Schutz der Rentenleistung, § 851c Abs. 1 ZPO	406
c)	Schutz des Kapitalstocks, § 851c Abs. 2 ZPO	407
d)	Umwandlung bereits bestehender Versicherungsverträge ...	408
6.	Steuerlich geförderte Altersvorsorge im Sinne des § 851d ZPO ...	409
7.	Mietforderung	411
a)	Umfang der Pfändung	411
b)	Konkurrenz von Mobiliar- und Immobiliervollstreckung ...	412
c)	Pfändung durch mehrere dingliche Gläubiger	413
d)	Vollstreckungsschutz gemäß § 851b ZPO	413

8.	Steuererstattungsansprüche	413
a)	Pfändbarkeit allgemein	413
b)	Einkommens- und Lohnsteuererstattungsanspruch	415
aa)	Einkommensteuererstattungsanspruch gegenüber dem Finanzamt	415
bb)	Lohnsteuerjahresausgleich gegenüber dem Arbeitgeber	417
9.	Pflichtteilsanspruch, § 852 Abs. 1 ZPO	418
10.	Honoraransprüche	421
11.	Inhaftiertengelder	421
a)	Eigengeld, § 52 StVollzG	421
b)	Überbrückungsgeld, § 51 StVollzG	422
c)	Hausgeld, § 47 StVollzG	422
d)	Taschengeld, § 46 StVollzG	423
e)	Haftkostenbeitrag, § 50 StVollzG	423
f)	Arbeitsentgelt, §§ 43, 200 StVollzG	423
12.	Taschengeldanspruch des Ehegatten, § 1360 BGB	424
a)	Teil des Unterhaltsanspruchs	424
b)	Pfändbarkeit und Verfahren	425
13.	Krisen- und inflationsbedingte Leistungen	427
a)	Energiepreispauschale	427
b)	Inflationsausgleichs-Sonderzahlung	428
c)	Gas- und Strompreisbremse, Ansprüche nach dem Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz (EWSG)	429
d)	Heizungskostenzuschuss für Anspruchsberechtigte gem. § 1 HeizkZuschG	429
IV.	Verfahren und Prüfung durch das Vollstreckungsgericht	430
1.	Antrag	430
2.	Zuständigkeiten	437
3.	Anhörungsverbot	441
4.	Prüfungsumfang	443
a)	Vorliegen der Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen	443
b)	Entstehung und Notwendigkeit der Vollstreckungskosten ...	445
c)	Bezeichnung der Parteien insbesondere des Drittschuldners	446
d)	„Bestimmtheitsgrundsatz“	447
e)	Eingeschränkte Schlüssigkeitsprüfung	450
f)	Keine Vollstreckungshindernisse	451
5.	Pfändung mehrerer Forderungen	451
6.	Verfahren bei Vorliegen eines Antragshindernisses	452
V.	Pfändungs- und Überweisungsbeschluss	452
1.	Erlass und Inhalt des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses, §§ 829 Abs. 1, 835 ZPO	452
2.	Muster Pfändung und Überweisung eines Darlehensrückzahlungs- anspruchs	456
3.	Zustellung	457

a)	Allgemeines	457
b)	Teilweise Zurückweisung	457
c)	Zustellung an den Drittschuldner	458
d)	Zustellung an den Schuldner	461
4.	Auslegung und Berichtigung des Beschlusses	462
5.	Voll- und Teilpfändung einer Forderung	463
6.	Rechtsbehelf	463
VI.	Wirkungen der Pfändung und Überweisung	464
1.	Pfändung	464
a)	Wirksamkeitszeitpunkt	464
b)	Wirkungen	464
2.	Überweisung	465
a)	Wirksamkeitszeitpunkt und allgemeine Wirkung	465
b)	Überweisungsarten	466
c)	Sperrfristen	467
aa)	Kontopfändung	467
bb)	Pfändung einer Forderung im Sinne des § 850i ZPO	467
VII.	Rechtsstellung des Gläubigers nach Pfändung und	
	Überweisung	467
1.	Wirkung der Pfändung	467
2.	Wirkung der Überweisung	468
a)	Allgemeine Wirkung	468
b)	Überweisung an Zahlungs statt	469
c)	Überweisung zur Einziehung	469
aa)	Wirkungen	469
bb)	Einziehungserkenntnisverfahren	470
cc)	Geltendmachung der Kosten als Schadensersatzanspruch gemäß § 840 ZPO	473
dd)	Kosten als notwendige Kosten im Sinne des § 788 ZPO	474
ee)	Vorliegen eines Titels über die gepfändete Forderung	475
VIII.	Rechtsstellung des Schuldners nach Pfändung	
	und Überweisung	475
1.	Wirkung der Pfändung	475
2.	Schuldnerpflichten aufgrund der Überweisung	476
a)	Allgemeine Pflichten	476
b)	Herausgabepflicht	477
aa)	Umfang der Herausgabepflicht	477
bb)	Verfahren	481
c)	Auskunftspflicht	482
aa)	Umfang der Auskunftspflicht	482
bb)	Verfahren	485
IX.	Rechtsstellung des Drittschuldners nach Pfändung	
	und Überweisung	488
1.	Vertrauensschutz gemäß § 836 Abs. 2 ZPO	488
2.	Anwendbarkeit der Abtretungsregelungen	491
3.	Drittschuldnerauskunft gemäß § 840 ZPO	493

a) Allgemeines.....	493
b) Voraussetzungen	495
c) Erklärung.....	496
aa) Frist und Form.....	496
bb) Inhalt und Umfang.....	496
d) Ergänzungs- und Aktualisierungspflicht des Drittschuldners	501
e) Erneutes Verlangen auf Auskunft	501
f) Haftung des Drittschuldners.....	501
g) Kosten des Drittschuldners	505
h) Hinterlegung.....	505
X. Vorpfändung gemäß § 845 ZPO	506
1. Eilmaßnahme	506
2. Anwendungsbereich und Voraussetzungen	507
3. Form und Inhalt der Vorpfändungsbenachrichtigung	508
4. Wirkung	510
5. Wiederholte Vorpfändung	512
B. Pfändung von Arbeitseinkommen	513
I. Grundsätze	515
1. Einordnung	515
2. Das Pfändungsverfahren.....	515
a) Bezeichnung der Forderung im Pfändungsbeschluss.....	515
b) Rechtsstellung des Drittschuldners.....	516
c) Klarstellender Beschluss	518
d) Vorpfändung.....	519
3. Wirkungen der Pfändung	519
a) Dauerpfändung, § 832 ZPO	520
b) Vorratspfändung, § 850d Abs. 3 ZPO	521
c) Fortwirkung der Pfändung, § 833 ZPO	523
4. Grundlagen des Pfändungsschutzes für Arbeitseinkommen.....	525
a) Konzept des Pfändungsschutzes	525
b) Systeme des Pfändungsschutzes	527
c) Voraussetzungen des automatischen Pfändungsschutzes nach §§ 850 bis 850f ZPO	528
aa) Persönliche Erwerbstätigkeit	528
bb) Wiederkehrende Zahlbarkeit	529
cc) Gleichgestellte Einkünfte	530
dd) Einzelfragen	530
5. Unpfändbare Bezüge nach § 850a ZPO	533
6. Bedingt pfändbare Bezüge, § 850b ZPO	540
a) Geschützte Bezüge, § 850b Abs. 1 ZPO	541
b) Bedingte Gleichstellung mit Arbeitseinkommen, § 850b Abs. 2 ZPO.....	544
II. Pfändung durch einen gewöhnlichen Gläubiger, § 850c ZPO.....	545
1. Ermittlung des bereinigten Nettoeinkommens, § 850e ZPO.....	545

a)	Grundsätze	545
b)	Abzüge vom Einkommen, § 850e Nr. 1 ZPO	546
c)	Zusammenrechnung von Geld- und Naturalleistungen, § 850e Nr. 3 ZPO	551
2.	Bestimmung des pfändbaren Betrages, § 850c ZPO	553
a)	Grundfreibetrag, § 850c Abs. 1, 2 ZPO	554
b)	Unpfändbarer Mehrbetrag, § 850c Abs. 3 ZPO	557
c)	Abrundung, Tabelle	558
d)	Anpassung der unpfändbaren Beträge, § 850c Abs. 4 ZPO	558
e)	Zusammenfassung, Anpassung an individuelle Verhältnisse	559
3.	Anwendung im Insolvenzverfahren	560
III.	Privilegierte Zwangsvollstreckung wegen Unterhaltsforderungen, § 850d ZPO	561
1.	Normzweck	561
2.	Anwendungsbereich	562
3.	Verfahren	565
4.	Bestimmung des Freibetrages durch das Vollstreckungsgericht ..	568
a)	Grundlagen	568
b)	Ermittlung des notwendigen Unterhalts nach dem SGB II ...	571
aa)	Regelbedarf	572
bb)	Einmalige Bedarfe	574
cc)	Wohnkosten	575
dd)	Besondere Belastungen	578
ee)	Zuschläge wegen Erwerbstätigkeit	580
c)	Ermittlung des notwendigen Unterhalts nach dem SGB XII ..	582
d)	Berücksichtigung vor- und gleichrangiger Unterhaltsberechtigter	584
e)	Anrechnung anderweitiger Einkünfte	589
f)	Gewöhnlicher Freibetrag als Obergrenze, § 850d Abs. 1 Satz 3 ZPO	590
g)	Praktische Umsetzung	592
aa)	Richtsätze für den notwendigen Unterhalt	592
bb)	Konkrete Berechnung des notwendigen Unterhalts im Einzelfall	594
cc)	Berücksichtigung vorrangiger Unterhaltsberechtigter ..	595
dd)	Berücksichtigung gleichrangiger Unterhaltsberechtigter	600
5.	Ermittlung des pfändbaren Betrages durch den Drittschuldner ..	605
6.	Rangverhältnis mehrerer Forderungen	608
7.	Anpassung des unpfändbaren Betrages an veränderte Verhältnisse, § 850g ZPO	612
IV.	Antragsmöglichkeiten des Gläubigers	616
1.	Grundsätzliches	616
a)	Erweiterter Zugriff des Gläubigers im Rahmen der Einzelzwangsvollstreckung	616

b) Erweiterte Beschlagnahme im Rahmen eines Insolvenzverfahrens.....	617
2. Unberücksichtigtlassen eines Unterhaltsberechtigten gemäß § 850c Abs. 6 ZPO.....	618
a) Regelungsinhalt.....	618
b) Voraussetzungen.....	619
aa) Gesetzliche Unterhaltspflicht – tatsächliche Unterhaltsleistung.....	619
bb) Eigenes Einkommen.....	620
c) Verfahren.....	623
aa) Zuständigkeit.....	623
bb) Antragsinhalt.....	623
cc) Schuldneranhörung.....	624
dd) Ermittlung durch das Vollstreckungsgericht.....	625
ee) Entscheidung.....	629
d) Wirkung der Entscheidung.....	631
aa) Berechnungsbeispiel.....	631
bb) Drittwirkung?.....	632
cc) Mehrfache Anordnung.....	633
3. Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen gemäß § 850e Nr. 2 ZPO.....	634
a) Regelungszweck.....	634
b) Anwendungsbereich.....	634
c) Voraussetzung.....	636
d) Verfahren und Entscheidung.....	636
e) Wirkung und Berechnungsbeispiele.....	638
4. Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen mit einer laufenden Sozialleistung gemäß § 850e Nr. 2a ZPO.....	640
a) Regelungszweck.....	640
b) Anwendungsbereich.....	640
c) Voraussetzung.....	641
5. Vollstreckung durch einen Deliktsgläubiger gemäß § 850f Abs. 2 ZPO.....	643
a) Allgemeines.....	643
b) Verfahren und Nachweis.....	645
c) Festsetzung des Pfändungsfreibetrages gemäß § 850f Abs. 2 i. V. m. § 850d Abs. 1 ZPO.....	649
d) Berechnung des Pfändungsbetrages durch den Drittschuldner.....	651
V. Lohnschiebung und Lohnverschleierung, § 850h ZPO.....	651
1. Lohnschiebung, § 850h Abs. 1 ZPO.....	652
a) Anwendungsbereich.....	652
b) Pfändung und Einziehung.....	653
2. Lohnverschleierung, § 850h Abs. 2 ZPO.....	654
a) Begriff der Lohnverschleierung.....	654
b) Rechtsfolgen.....	657

c) Pfändung und Einziehung.....	658
3. Übertragung des Rechtsgedankens auf weitere Konstellationen.....	661
a) Missbräuchliche Steuerklassenwahl des Schuldners	661
b) Entgeltumwandlungen.....	664
4. Anwendung im Insolvenzverfahren	664
VI. Erweiterter Pfändungsschutz in Sonderfällen, § 850f	
Abs. 1 ZPO	665
1. Anwendungsbereich, Fallgruppen.....	665
a) Vermeidung von Sozialhilfeausgaben, § 850f Abs. 1 Nr. 1 ZPO	666
b) Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse, § 850f Abs. 1 Nr. 2 ZPO	669
c) Berücksichtigung besonders großer Unterhaltslasten, § 850f Abs. 1 Nr. 3 ZPO	674
2. Erforderlichkeit und Grenzen des zusätzlichen Freibetrages.	674
3. Abwägung der Belange des Gläubigers.....	675
4. Verfahren	676
5. Anwendung im Insolvenzverfahren	679
VII. Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte, § 850i Abs. 1 ZPO	680
1. Grundlagen	680
a) Systematische Stellung des Pfändungsschutzes nach § 850i Abs. 1 ZPO	680
b) Anwendungsbereich.....	681
c) Verhältnis zu anderen Pfändungsschutzvorschriften.....	684
2. Bemessung des Freibetrages	685
a) Vorgehensweise	685
b) Schritt 1: Niveau des Freibetrages	686
c) Schritt 2: Umrechnung in einen Monatsbetrag (Kategorie A).....	688
d) Schritt 3: Würdigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners.....	690
e) Schritt 4: Festlegung des Verbrauchszeitraumes	692
f) Schritt 5: Rückrechnung.....	693
g) Schritt 6: Abwägung der Gläubigerbelange.....	693
3. Musterberechnungen	694
a) Werk- und Dienstlohnforderungen, Abfindungen	695
aa) Freiberufler	695
bb) Gewerbetreibende	698
cc) Abfindungen aus einem Arbeitsverhältnis.....	699
b) Sonstige Einkünfte.....	700
aa) Wiederkehrend zahlbare „sonstige Einkünfte“	701
bb) Einmalbeträge.....	703
4. Verfahren	704
5. Fazit und Ausblick	705
6. Anwendbarkeit im Insolvenzverfahren	706

C. Das Pfändungsschutzkonto gemäß § 850k ZPO	708
I. Regelungserfordernis – Historie	708
1. Regelerfordernis	709
2. Rechtslage bis zum 30.6.2010 und in der Übergangszeit vom 1.7.2010 bis zum 31.12.2011	709
3. Rechtslage vom 1.7.2010 bis zum 30.11.2021 – Einführung des Pfändungsschutzkontos	709
4. Evaluierung und Reform des Kontopfändungsschutzes	710
5. Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz – Rechtslage seit dem 1.12.2021	711
II. Anwendungsbereich	711
1. Einzelzwangsvollstreckung	711
2. Insolvenzverfahren	713
III. Einrichtung	714
1. Einrichtung durch Schuldner oder Vertreter	714
2. Zeitpunkt der Errichtung	714
3. Kein Abhängigmachen von sonstigen Abreden	714
4. Basiskonto als Pfändungsschutzkonto	715
5. Kein Gemeinschaftskonto als Pfändungsschutzkonto	715
6. Beschränkung auf ein Pfändungsschutzkonto	716
7. „Rückumwandlung“	717
8. Debitorisch geführtes Zahlungskonto	717
9. Aufrechnungs- und Verrechnungsverbot, § 901 ZPO	718
IV. Antrag gemäß § 850k Abs. 4 ZPO bei Innehaben mehrerer Pfändungsschutzkonten	719
V. Gemeinschaftskonto	721
1. Anwendungsbereich	721
2. Leistungssperre	722
3. Einrichtung von Einzelkonten	722
4. Aufteilung des Guthabens auf die Einzelkonten	723
5. Einzelkonto des Schuldners	724
6. Einzelkonto des Kontomitinhabers	725
7. Auswirkung auf das Gemeinschaftskonto	725
VI. Art des geschützten Guthabens	725
VII. Systematik des Pfändungsschutzes	727
VIII. Pfändungsschutz gem. § 899 ZPO	727
1. Automatischer Schutz gemäß § 899 Abs. 1 Satz 1 ZPO – Sockelbetrag	727
2. Ansparmöglichkeit gem. § 899 Abs. 2 ZPO	729
3. „First-in-first-out-Prinzip“, § 899 Abs. 2 Satz 2 ZPO	730
4. Auszahlungssperre gem. § 900 Abs. 1 ZPO	730
a) Gesetzliche Sperrfrist	730
b) Antragsmöglichkeit des Gläubigers gem. § 900 Abs. 1 Satz 2 ZPO	731

IX. Erweiterter Pfändungsschutz auf Nachweis gemäß § 902 Satz 1 ZPO – Erhöhungsbetrag	732
1. Regelung allgemein	732
2. Erhöhungsbeträge im Einzelnen	733
a) Erhöhung wegen Gewährung gesetzlichen Unterhalts, § 902 Satz 1 Nr. 1a) ZPO	733
b) Erhöhung bei Geldleistungen nach SGB II oder XII für mit dem Schuldner in Bedarfsgemeinschaft lebenden Dritten, § 902 Satz 1 Nr. 1b) ZPO	734
c) Erhöhung bei Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für mit dem Schuldner in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Dritten, § 902 Satz 1 Nr. 1b) ZPO	735
d) Freistellung einmaliger Sozialleistungen und Ansprüchen aus Ausgleichszahlungen, § 902 Satz 1 Nr. 2 ZPO	735
e) Freistellung von Geldleistungen gem. § 5 Abs. 1 MuKStiftG, § 902 Satz 1 Nr. 3 ZPO	736
f) Erhöhung bei Geldleistungen nach dem SGB II oder XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz für den Schuldner selbst, § 902 Satz 1 Nr. 4 ZPO	736
g) Freistellung des Kindergeldes nach dem EstG oder anderer gesetzlicher Geldleistungen für Kinder, § 902 Satz 1 Nr. 5 ZPO	737
h) Unpfändbare Geldleistungen, die nach landes- oder anderen als den in Nr. 1 bis 5 genannten bundesrechtlichen Rechtsvorschriften gewährt werden, § 902 Satz 1 Nr. 6 ZPO	738
i) Überbrückungshilfen aufgrund von Starkregen- und Hochwasserereignissen im Juli 2021	739
3. Übertragungsmöglichkeit, § 902 Satz 2 ZPO	739
X. Nachweise über Erhöhungsbeträge, § 903 ZPO	739
1. Regelung allgemein	739
2. Vorlageerfordernis	740
3. Schuldbefreiende Leistung des Kreditinstituts an den Gläubiger	740
4. Bescheinigende Stellen und Inhalt der Bescheinigung	741
a) Regelung allgemein	741
b) Zur Bescheinigung verpflichtete Stellen – Inhalt der Bescheinigung	741
c) Nicht zur Bescheinigung verpflichtete Stellen/Personen – Inhalt der Bescheinigung	742
d) Auskunft- und Herausgabepflicht des Schuldners gem. § 836 Abs. 3 ZPO	743
5. Wirksamkeitsdauer der Bescheinigung	744
a) Befristete Bescheinigung	744
b) Unbefristete Bescheinigung	744

XI. Festsetzung der Erhöhungsbeträge bei fehlendem Nachweis durch das Vollstreckungsgericht gem. § 905 ZPO	745
1. Regelungserfordernis	745
2. Voraussetzungen und Verfahren	746
3. Hinweis auf die Möglichkeit der Antragstellung gem. § 907 Abs. 1 Satz 1 ZPO	749
XII. Festsetzung eines abweichenden pfändungsfreien Betrages durch das Vollstreckungsgericht, § 906 ZPO	750
1. Regelung allgemein	750
2. Vollstreckung durch einen Unterhalts- oder Deliktsgläubiger, § 906 Abs. 1 ZPO	751
a) Privilegierte Kontopfändung	751
b) Antragserfordernis?	751
c) Der dem Schuldner zu belassende Betrag gem. § 906 Abs. 1 Satz 1 ZPO	752
d) Abänderung des zu belassenden Betrages gem. § 906 Abs. 1 Satz 2 ZPO	755
3. Festsetzung eines abweichenden Betrages aufgrund entsprechender bundes- oder landesrechtlicher Vorschriften, § 906 Abs. 2 ZPO	755
a) Allgemein gehaltene Regelung –Beispiele	755
b) Inhalt der Entscheidung	758
XIII. Behandlung von Nachzahlungen	761
1. Bisherige Rechtslage –Regelungserfordernis	761
2. Systematik der Regelung des § 904 ZPO	761
3. Pfändungsschutz für eine Nachzahlung auf Nachweis, § 904 Abs. 1 und 2 ZPO	761
a) Geldleistungen gem. § 902 Satz 1 Nr. 1 b), 1 c) oder Nr. 4–6 ZPO	761
b) „Andere“ laufende Sozialleistung und Arbeitseinkommen nach § 850 Abs. 2 und 3 ZPO bis 500 €, § 904 Abs. 2 ZPO	762
4. Pfändungsschutz für eine Nachzahlung auf Antrag durch das Vollstreckungsgericht, § 904 Abs. 3 und 5 ZPO	762
XIV. Auskunftserteilung des Kreditinstituts gegenüber dem Schuldner gem. § 908 Abs. 2 ZPO	764
XV. Verwaltungsvollstreckung	765
XVI. Befristete Unpfändbarkeitsanordnung gemäß § 907 ZPO	766
1. Historie, Regelungsinhalt und Anwendungsbereich	766
2. Voraussetzungen	767
3. Überwiegende Gläubigerbelange	769
4. Verfahren und Anordnung	770
5. Wirkung der Festsetzung der Unpfändbarkeit	771
6. Aufhebungsantrag gem. § 907 Abs. 2 ZPO	773

D. Pfändung von Sozialleistungen	777
I. Grundsätzliches	777
II. Unpfändbare, bedingt pfändbare und pfändbare Sozialleistungen	780
1. Unpfändbarkeit der Dienst- und Sachleistungen	780
2. Spezielle Regelungen im Hinblick auf unpfändbare Sozialleistungen	780
a) Sozialhilfe und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II	780
b) Corona-Prämie gem. § 150a SGB XI	780
3. Allgemeine Regelung des § 54 SGB I	780
a) Grundsatz	780
b) Unpfändbare Ansprüche gemäß § 54 Abs. 3 SGB I	781
aa) Eltern- und Mutterschaftsgeld nach § 54 Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 2 SGB I	781
bb) Wohngeld nach § 54 Abs. 3 Nr. 2a SGB I	781
cc) Zweckgebundene Geldleistungen nach § 54 Abs. 3 Nr. 3 SGB I	782
4. Bedingt pfändbare einmalige Geldleistungen	782
5. Wie Arbeitseinkommen pfändbare wiederkehrende Geldleistungen	783
6. Pfändbarkeit von Erstattungsansprüchen bei Anrechnung auf die Sozialleistung	785
III. Pfändung von Kindergeld	786
1. Sozialrechtliches Kindergeld	786
a) Regelung und Verfahren	786
b) Berechnung des pfändbaren Betrages	787
2. Steuerrechtliches Kindergeld	787
E. Die Zwangsvollstreckung in sonstige Vermögensrechte	788
I. Grundlagen	789
II. Anwartschaftsrechte	793
1. Anwartschaftsrecht des Eigentumsvorbehaltskäufers	793
2. Anwartschaftsrecht bei Sicherungsübereignung	795
a) Unbedingte Sicherungsübereignung	795
b) Auflösend bedingte Sicherungsübereignung	796
c) Übererlös der Verwertung durch den Sicherungsnehmer	797
3. Anwartschaftsrecht des Nacherben	797
III. Anteile an Bruchteilsgemeinschaften	799
1. Unbewegliche Sachen	799
2. Bewegliche Sachen	800
3. Forderungen und Rechte	801
IV. Gesellschaftsanteile	802
1. Aktiengesellschaft	802
2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	802
a) Grundlagen	802
b) Andere Art der Verwertung, § 844 ZPO	805

3. Genossenschaft	808
a) Grundlagen	808
b) Besonderheiten bei Wohnungsgenossenschaften	810
4. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	811
a) Grundlagen	812
b) Pfändung	813
c) Verwertung	814
5. Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft	816
6. Sonstiges	817
V. Beteiligungen an Gesamthandsgemeinschaften	819
1. Miterbenanteil	819
a) Grundlagen	819
b) Pfändung	819
c) Verwertung	821
2. Beteiligung am Gesamtgut einer Gütergemeinschaft	822
VI. Internet-Domain	824
VII. Nießbrauch	825
VIII. Rechte in Abteilung II des Grundbuches	828
1. Grundsätze	828
2. Grunddienstbarkeit	829
3. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit	829
4. Dauerwohnrecht und Dauernutzungsrecht	831
5. Vorkaufsrecht	832
6. Reallast	833
7. Sonstiges	834
IX. Kryptowerte	836
F. Die Zwangsvollstreckung in Grundpfandrechte	839
I. Hypothekarisch gesicherte Forderungen	839
1. Materiell-rechtliche Grundlagen	839
2. Pfändung	841
a) Grundsätze	841
b) Briefhypothek	842
aa) Pfändungsbeschluss	842
bb) Briefübergabe	844
cc) Eintragung der Pfändung in das Grundbuch	847
c) Buchhypothek	847
3. Überweisung	848
4. Verwertung	850
II. Grundschulden	851
1. Materiell-rechtliche Grundlagen	851
2. Pfändung und Verwertung der Grundschuld und der gesicherten Forderung	852
3. Pfändung der Eigentümergrundschuld	854
a) Offene Eigentümergrundschuld	854
b) Verdeckte Eigentümergrundschuld	855

c) Löschungsanspruch	856
4. Rückgewähranspruch aus dem Sicherungsvertrag	857
G. Die Zwangsvollstreckung in Ansprüche auf Leistung	
oder Herausgabe einer Sache	861
I. Grundlagen	861
II. Gegenstand der Pfändung	862
III. Bewegliche Sache	863
1. Pfändung	863
2. Herausgabe der Sache an den Gerichtsvollzieher	865
3. Verwertung der Sache	866
IV. Unbewegliche Sache	866
1. Grundlagen	866
2. Pfändungsbeschluss, Bestellung eines Sequesters	867
3. Wirkungen der Pfändung	868
4. Verwertung	869
a) Eigentumserwerb des Schuldners	869
b) Sicherheitshypothek	870
5. Pfändung des Anwartschaftsrechts	872
H. Amtliche Muster für den Antrag auf Erlass eines Pfändungs-	
und Überweisungsbeschlusses	874
I. Grundlagen	874
1. Entwicklung der Vorschriften über den Formularzwang	874
2. Reichweite des Formularzwangs	877
II. Formular für den Antrag auf Erlass eines Pfändungs-	
und Überweisungsbeschlusses	878
III. Formular für den Entwurf des Pfändungsbeschlusses	
bzw. Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	882
IV. Formulare für Forderungsaufstellungen	892
1. Forderungsaufstellungen für „gewöhnliche“ Forderungen	892
2. Forderungsaufstellungen für gesetzliche Unterhaltsansprüche ..	895

KAPITEL 4

**Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen
in das unbewegliche Vermögen**

A. Grundlagen der Immobiliervollstreckung	901
I. Gegenstand der Immobiliervollstreckung	901
1. Grundstücke im Rechtssinn	901
2. Bestandteile, Zubehör und Erzeugnisse	902
3. Grundstücksgleiche Rechte	907
4. Miteigentumsanteile	907
5. Gebäudeeigentum	907
II. Vollstreckungsalternativen	908
1. Auswahl der Vollstreckungsmöglichkeiten	908
2. Auswertung des Grundbuchs	908

a) Vorbelastungen	908
b) Verfügungsbeschränkungen	909
3. Voreintragung des Schuldners als Eigentümer	911
B. Zwangssicherungshypothek	914
I. Zuständigkeit	914
II. Vollstreckungsvoraussetzungen	914
1. Antrag	914
2. Muster Antrag auf Eintragung einer Zwangshypothek	915
3. Kosten	915
4. Vollstreckungstitel	916
5. Vollstreckungsforderung	918
III. Belastungsobjekt	920
1. Eigentum des Titelschuldners	920
2. Mehrere Belastungsobjekte	922
3. Erbbaurecht	923
IV. Gläubigerbezeichnung	925
V. Checkliste zur Zwangshypothek	927
VI. Antragsmängel	927
VII. Fehlerhafte Zwangshypothek	928
1. Eintragungsmängel	928
2. Rechtsbehelf gegen die Eintragung	930
3. Löschung im Wege der Grundbuchberichtigung	932
VIII. Verwertung der Zwangshypothek	933
IX. Übergang auf den Eigentümer	936
C. Grundlagen des Zwangsversteigerungsrechts	938
I. Überlegungen des Gläubigers	938
1. Verwirklichung von Zahlungsansprüchen	938
2. Eingriff in die Schuldnerposition	938
3. Kostenrisiko	938
4. Zeitpunkt des Versteigerungsantrags	939
5. Vollstreckungshindernisse und Vollstreckungsverbote	940
II. Zuständigkeit	940
III. Beteiligte	941
1. Kreis der Beteiligten	941
2. Rechte der Beteiligten	944
IV. Parteiherrschaft	945
V. Rangklassen	945
1. Bedeutung der Rangklassen	945
2. Verfahrenskosten; „Rangklasse 0“	946
3. Rangklasse 1 (Zwangsverwaltungsvorschuss)	946
4. Rangklasse 1a (Feststellungskosten im Insolvenzverfahren)	947
5. Rangklasse 2 (Haus- und Wohngeld)	948
a) Umfang des Vorrechts	948
b) Anmeldung zum Versteigerungsverfahren	950
c) Betreiben des Verfahrens	950

d) Dingliche Haftung	951
e) Ablösung der bevorrechtigten Ansprüche	951
f) Absonderungsrecht	952
g) Rechtsmittel	952
6. Rangklasse 3 (Öffentliche Grundstückslasten)	952
a) Geltungsbereich	952
b) Umfang der bevorrechtigten Ansprüche	953
c) Anmeldeverfahren	954
d) Ablöse	954
7. Rangklasse 4 (Grundstücksrechte)	954
a) Umfang des Vorrechts	954
b) Berücksichtigung von Amts wegen	956
8. Rangklasse 5 (Persönliche Ansprüche)	957
9. Rangklasse 6 (relative Rangklasse)	958
10. Rangklasse 7	960
11. Rangklasse 8	960
12. Rangklasse § 110 ZVG	960
VI. Deckungs- und Übernahmegrundsatz	960
VII. Antrag	962
1. Antragserfordernis	962
2. Antragsrecht	962
3. Antragsinhalt	964
a) Bezeichnung des Schuldners	964
b) Bezeichnung des Anspruchs	965
c) Muster Versteigerungsantrag aus dinglichem Recht	967
d) Muster Versteigerungsantrag wegen einer persönlichen Forderung	968
VIII. Prüfung des Antrags	969
IX. Verfahrensordnung	969
1. Anordnungsbeschluss	969
2. Beschlagnahmewirkung des Anordnungsbeschlusses	970
X. Beitritt	971
1. Notwendigkeit des Beitritts	971
2. Beitrittsbeschluss	972
3. Wirkungen des Beitrittsbeschlusses	973
XI. Anmeldung von Ansprüchen und Rechten	973
1. Anmeldeverfahren	973
2. Anmeldeverfahren	975
XII. Festsetzung des Verkehrswertes	977
XIII. Terminbestimmung	978
XIV. Rechtsbehelfe im Zwangsversteigerungsverfahren	979
1. Vollstreckungserinnerung und Sofortige Beschwerde	979
2. Zuschlagsbeschwerde	980
3. Übersichten zu den Rechtsbehelfen in der Zwangsversteigerung	981

a) Entscheidungen vor Beschlussfassung über den Zuschlag . . .	981
b) Entscheidungen nach Beschlussfassung über den Zuschlag . .	982
D. Grundzüge des Zwangsversteigerungsverfahrens	983
I. Aufhebung des Verfahrens	983
1. Entgegenstehende Rechte, § 28 Abs. 1 ZVG	983
2. Verfügungsbeschränkungen und Vollstreckungsmängel, § 28 Abs. 2 ZVG	987
3. Fehlender Fortsetzungsantrag	988
4. Ergebnislose Versteigerung	990
5. Rücknahme des Versteigerungsantrags	991
6. Dritte Einstellungsbewilligung	992
7. Sonstige Aufhebungsgründe	993
II. Einstweilige Einstellung des Verfahrens	993
1. Mögliche Fallgestaltungen	993
2. Behebbarer Verfahrenshindernisse	994
3. Nachweis der Zahlung an die Gerichtskasse	994
4. Deckung des Gläubigers durch ein Einzelgebot	995
5. Nichtabgabe von Geboten	996
6. Einstweilige Einstellung nach § 776 ZPO	996
7. Einstweilige Einstellung nach den Regeln der ZPO	997
8. Einstweilige Einstellung aufgrund Gläubigerbewilligung	997
a) Taktische Überlegungen	997
b) Modalitäten	998
c) Fortsetzung auf Antrag	998
9. Einstweilige Einstellung auf Schuldnerantrag	999
a) Zulässigkeit des Antrags	999
b) Begründetheit und Einstellungsauflagen	1000
c) Weitere Einstellung	1000
10. Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO	1001
11. Verfahrenseinstellung bei Insolvenz	1002
12. Verfahrenseinstellung bei Restrukturierung	1002
III. Versteigerungstermin	1003
1. Gliederung	1003
2. Bekanntmachungsteil	1003
3. Bietstunde	1004
a) Zeitlicher Umfang	1004
b) Gebotsabgabe	1005
aa) Wirksamkeitsvoraussetzungen	1005
bb) Legitimation des Bieters	1006
cc) Bestimmung des Gemeinschaftsverhältnisses	1006
c) Gebotsabgabe durch Vertreter	1006
d) Anfechtung eines Gebots	1009
e) Erlöschen eines Gebots	1009
f) Sicherheitsleistung für ein Gebot	1010

a)	Berechtigung Sicherheitsleistung zu verlangen	1010
b)	Höhe der Sicherheitsleistung	1011
c)	Mittel zur Sicherheitsleistung	1013
d)	Weitere Modalitäten der Sicherheitsleistung	1014
IV.	Zuschlag	1015
1.	Zuschlagsverhandlung	1015
2.	Zuschlagsversagung	1016
a)	7/10-Grenze	1016
aa)	Antragsberechtigung	1016
bb)	Voraussetzungen	1018
cc)	Entscheidung des Gerichts	1018
dd)	Gebot durch einen dinglich Berechtigten	1019
b)	5/10-Grenze	1020
aa)	Berücksichtigung von Amts wegen	1020
bb)	Weitere Terminierung	1020
cc)	Gebot durch Ausfallgläubiger	1021
c)	Zuschlagsversagung wegen Nachweis der Zahlung im Termin	1023
d)	Sonstige Versagungsgründe	1024
e)	Versagungsbeschluss	1024
3.	Zuschlagserteilung	1024
a)	Zuschlagsmodalitäten	1024
b)	Wirkungen der Zuschlagserteilung	1025
c)	Zuschlagsbeschluss	1027
V.	Erlösverteilung	1028
1.	Grundsätze	1028
2.	Teilungsplan	1028
E.	Grundzüge der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft	1030
I.	Durchsetzung des Auseinandersetzungsanspruchs	1030
II.	Anwendungsbereich	1031
III.	Versteigerungsantrag	1033
1.	Antragsinhalt	1033
2.	Antragsberechtigung	1034
3.	Antragsbeschränkung	1034
a)	Bruchteilsgemeinschaft	1034
b)	Zugewinnngemeinschaft	1034
c)	Erbengemeinschaft	1036
d)	Rechtsmissbrauch	1036
4.	Antragstellung durch Pfändungsgläubiger	1036
IV.	Verfahrensgrundsätze	1038
1.	Beteiligte	1038
2.	Beschlagnahme	1039
3.	Kündigungsrecht des Erstehers	1040
4.	Rechtliches Gehör	1040

5. Sicherheitsleistung.....	1040
6. Terminbestimmung.....	1041
7. Vorkaufsrecht	1041
8. Wertfestsetzung.....	1042
9. Versteigerungstermin	1042
10. Beitritt	1042
V. Einstellung des Verfahrens	1043
1. Einstellung auf Bewilligung des Antragstellers.....	1043
2. Einstellung nach § 765a ZPO	1043
3. Einstellung nach § 180 Abs. 2 ZVG	1044
4. Einstellung nach § 180 Abs. 3 ZVG	1045
VI. Geringstes Gebot	1047
VII. Zuschlagserteilung	1048
VIII. Erlösverteilung	1048
F. Grundzüge des Zwangsverwaltungsverfahrens.....	1050
I. Verfahrensziel	1050
II. Verfahrensvoraussetzungen	1050
1. Antrag	1050
a) Antragsinhalt	1050
b) Antragsberechtigung.....	1051
c) Kostenrisiko	1051
2. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen.....	1052
3. Rechtsschutzbedürfnis	1052
III. Verfahrensordnung.....	1053
1. Beschlagnahme.....	1053
a) Beschlagnahmewirkung	1053
b) Beschlagnahmeumfang	1054
c) Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis auf den Zwangsverwalter.....	1055
2. Verwalterbestellung.....	1056
a) Auswahl durch das Gericht.....	1056
b) Institutsverwalter	1056
c) Eigenverwaltung des Schuldners.....	1058
d) Rechtsstellung des Zwangsverwalters.....	1059
IV. Aufgaben des Zwangsverwalters	1060
1. Inbesitznahme des Grundstücks.....	1060
2. Verwaltung des Grundstücks.....	1062
3. Nutzung des Grundstücks	1063
4. Geltendmachung beschlagnahmter Ansprüche	1064
5. Verwertung der Nutzungen	1067
6. Rechnungslegung.....	1067
7. Haftung des Verwalters	1068
V. Verwendung und Verteilung der Erträge	1070
1. Grundsatz.....	1070
2. Ausgaben der Verwaltung und Kosten des Verfahrens	1070
3. Weitere Verteilung der Erträge	1072

KAPITEL 5

**Die Zwangsvollstreckung wegen sonstiger Ansprüche
und Räumungsvollstreckung**

A. Die Zwangsvollstreckung wegen sonstiger Ansprüche	1079
I. Überblick über sonstige Arten der Zwangsvollstreckung	1079
II. Die Zwangsvollstreckungen wegen Herausgabeansprüchen und Handlungsverpflichtungen	1080
1. Die Vollstreckung zur Herausgabe oder Übereignung einer beweglichen Sache	1080
2. Die Vollstreckung zur Vornahme von Handlungsverpflichtungen	1081
a) Die Vollstreckung zur Erwirkung einer vertretbaren Handlung	1083
b) Die Vollstreckung zur Erwirkung einer unvertretbaren Handlung	1084
III. Die Vollstreckung zur Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen	1085
IV. Die Vollstreckung der Abgabe einer Willenserklärung	1087
B. Die Räumungsvollstreckung	1089
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	1090
II. Vollstreckungstitel zur Räumungsvollstreckung	1092
1. Allgemeines	1092
a) Räumungstitel gegen mitbesitzende Dritte	1092
b) Wirksamkeit von Titeln nach wiederholter Aussetzung	1094
2. Das Räumungsurteil	1095
3. Der Räumungsvergleich	1096
4. Die notarielle Urkunde	1097
a) Die Zweite Zwangsvollstreckungsnovelle	1097
b) Abgrenzung zwischen Wohnmiet- und Gewerbemietraum ..	1097
c) Prozessuale Voraussetzungen	1098
5. Der Anwaltsvergleich	1099
6. Der Zuschlagsbeschluss in der Zwangsversteigerung	1100
a) Allgemeines	1100
b) Das erloschene Besitzrecht	1101
c) Das nicht erloschene Besitzrecht	1101
7. Der Räumungsbeschluss im Zwangsverwaltungsverfahren	1103
a) Allgemeines	1103
b) Zum Meinungsstreit bei der Nichtzahlung von Betriebskosten bzw. Hausgeldern	1103
c) Der Räumungsbeschluss	1105
d) Der Anordnungsbeschluss als Räumungstitel	1105
8. Der Insolvenzeröffnungsbeschluss	1106
a) Allgemeines	1106
b) Gesetzliche Pfandrechte in der Insolvenz	1106

c) Räumungsvollstreckung aus dem Insolvenzeröffnungsbeschluss	1107
9. Räumungstitel im einstweiligen Rechtsschutz	1108
a) Räumung vom Wohnraum gemäß § 940a Abs. 1 bis 3 ZPO...	1108
aa) Allgemeines	1108
bb) Verbotene Eigenmacht, § 940a Abs. 1 Alt. 1 ZPO	1110
cc) Gefahr für Leib und Leben, § 940a Abs. 1 Alt. 2 ZPO	1111
dd) Mitbesitzende Dritte, § 940a Abs. 2 ZPO	1112
ee) Nichtbefolgung der Sicherungsandrohung, § 940a Abs. 3 ZPO	1113
b) Im Falle der Räumung gegen Unbekannt (Hausbesetzung) ..	1114
aa) Allgemeines	1114
bb) Der Antrag	1114
cc) Zeitpunkt der Identifizierbarkeit der Antragsgegner....	1115
dd) Feststellung der Identität der Antragsgegner.....	1116
ee) Fazit	1118
10. Räumungstitel nach dem FamFG	1118
a) Im Falle der Trennung und Scheidung	1118
aa) Allgemeines	1118
bb) Das Verfahren	1119
cc) Die Vollstreckung	1120
b) Gewaltschutzsachen	1121
aa) Allgemeines	1121
bb) Das Verfahren	1122
cc) Die Vollstreckung	1123
c) Sonstige Familiensachen	1123
aa) Allgemeines	1123
bb) Räumungsansprüche aus § 266 Abs. 1 FamFG.....	1124
cc) Verfahrensgang und Vollstreckung.....	1125
III. Die unterschiedlichen Räumungsmodelle	1125
1. Die klassische Räumung	1125
a) Ablauf der klassischen Räumung	1125
aa) Allgemeines	1125
bb) Vollstreckungsvoraussetzungen und Terminierung....	1126
cc) Kostenvorschuss	1127
dd) Richterliche Durchsuchungsanordnung und Vollstreckungsaufschub	1129
ee) Räumung	1130
ff) Drohende Obdachlosigkeit.....	1131
gg) Behandlung beweglicher Gegenstände.....	1131
hh) Verwahrung des Räumungsgutes	1135
ii) Verwertung des Räumungsgutes.....	1137
b) Vor- und Nachteile der klassischen Räumung für den Gläubiger.....	1138
aa) Vorteile	1138
bb) Nachteile	1139

c)	Vor- und Nachteile der klassischen Räumung für den Schuldner	1139
aa)	Vorteile	1139
bb)	Nachteile	1140
2.	Die vereinfachte Räumung	1140
a)	Ablauf der vereinfachten Räumung	1140
aa)	Allgemeines	1140
bb)	Hinweispflichten des Gerichtsvollziehers	1141
cc)	Dokumentationspflichten des Gerichtsvollziehers	1142
dd)	Verwertung der beweglichen Sachen durch den Gläubiger	1143
b)	Vor- und Nachteile der vereinfachten Räumung für den Gläubiger	1144
aa)	Vorteile	1144
bb)	Nachteile	1145
c)	Vor- und Nachteile der vereinfachten Räumung für den Schuldner	1146
aa)	Vorteile	1146
bb)	Nachteile	1146
3.	Die sogenannte Berliner Räumung	1147
a)	Ablauf der Berliner Räumung	1147
aa)	Das Vermieterpfandrecht	1147
bb)	Räumungsvollstreckung und Vermieterpfandrecht	1149
cc)	Aufbewahrung und Verwertung	1151
b)	Vor- und Nachteile der Berliner Räumung für den Gläubiger	1153
aa)	Vorteile	1153
bb)	Nachteile	1154
c)	Vor- und Nachteile der Berliner Räumung für den Schuldner	1154
aa)	Vorteile	1154
bb)	Nachteile	1155
d)	Praktische Abwägungsfragen	1155
4.	Die sogenannte Hamburger Räumung	1157
a)	Ablauf der Hamburger Räumung	1157
aa)	Entwicklung des sogenannten Hamburger Modells	1157
bb)	Durchführung	1157
cc)	Haftungsfragen	1159
b)	Vor- und Nachteile der Hamburger Räumung für den Gläubiger	1162
aa)	Vorteile	1162
bb)	Nachteile	1162
c)	Vor- und Nachteile der Hamburger Räumung für den Schuldner	1163
aa)	Vorteile	1163
bb)	Nachteile	1163

d) Praktische Hinweise	1164
5. Die sogenannte Frankfurter Räumung	1165
a) Ablauf der Frankfurter Räumung	1165
aa) Entwicklung des sogenannten Frankfurter Modells	1165
bb) Voraussetzungen für die Durchführung	1165
b) Vor- und Nachteile der Frankfurter Räumung für den Gläubiger	1167
aa) Vorteile	1167
bb) Nachteile	1168
c) Vor- und Nachteile der Frankfurter Räumung für den Schuldner	1168
aa) Vorteile	1168
bb) Nachteile	1168
d) Praktische Abwägungsfragen	1169
IV. Muster	1171
1. Vollstreckungsauftrag zur sogenannten Berliner Räumung	1171
2. Vollstreckungsauftrag zur vereinfachten Räumung	1172
3. Vollstreckungsauftrag zur Räumung und Pfändung	1173
4. Vollstreckungsauftrag zur Räumung und Pfändung mit Vermögensoffenbarung	1174
5. Räumungsprotokoll des Gerichtsvollziehers	1177

KAPITEL 6

Grundlagen des Insolvenzrechts

A. Einleitung	1185
I. Funktionen des Insolvenzrechts	1185
II. Bedeutung der Antragstellung auf Eröffnung und der Eröffnungsentscheidung für die Insolvenzgläubiger	1190
III. Bedeutung der Antragstellung auf Eröffnung und der Eröffnungsentscheidung für den Schuldner	1195
B. Grundlagen des Insolvenzrechts	1199
I. Funktion und Bedeutung des Insolvenzrechts	1199
II. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	1200
1. Antragsverfahren und Vorliegen von Insolvenzgründen (Dispositionsgrundsatz)	1201
a) Einleitung	1201
b) Antragsrechte und Antragspflichten	1201
aa) Eigenantrag des Insolvenzschuldners	1202
bb) Fremdantrag eines Gläubigers	1204
c) Vorliegen eines Insolvenzgrundes	1206
aa) Drohende Zahlungsunfähigkeit	1206
bb) Eingetretene Zahlungsunfähigkeit	1208
cc) Überschuldung	1210
d) Einsatz eines Sachverständigen	1212
2. Amtsermittlung	1212

3. Ergänzende Geltung der Zivilprozessordnung (ZPO)	1212
4. Rechtsmittel im Insolvenzverfahren	1213
5. Der Insolvenzschuldner als Vermögensinhaber und Verfahrenssubjekt	1215
6. Gläubigerbeteiligung im Insolvenzverfahren	1217
7. Bestmögliche Verwertung	1218
III. Verfahrensorgane und Verfahrensbeteiligte	1218
1. Grundsätze	1218
2. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts	1219
a) Grundlagen	1219
b) Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts im Eröffnungsverfahren.	1220
c) Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts im eröffneten Insolvenzverfahren.	1222
3. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters	1224
a) Grundlagen	1224
b) Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters im Eröffnungsverfahren	1225
4. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters im Regelinsolvenzverfahren	1226
5. Aufgaben und Befugnisse des Sachwalters bei Eigenverwaltung.	1228
a) Grundsätze	1228
b) Aufgaben und Befugnisse eines vorläufigen Sachwalters im Eröffnungsverfahren.	1228
c) Aufgaben und Befugnisse eines Sachwalters im Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung	1229
6. Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses	1230
a) Grundsätze	1230
b) Aufgaben und Befugnisse eines vorläufigen Gläubigerausschusses im Eröffnungsverfahren.	1231
c) Aufgaben und Befugnisse eines Gläubigerausschusses im Insolvenzverfahren.	1232
7. Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung.	1233
a) Einberufungsgründe.	1233
b) Antragsberechtigung.	1233
c) Teilnahmeberechtigung	1234
d) Stimmrecht	1234
e) Leitung der Gläubigerversammlung.	1235
f) Abstimmung.	1235
g) Aufhebung von Beschlüssen.	1235
h) Auskunftsansprüche.	1236
IV. Verfahrensablauf.	1236
V. Verhältnis zur Einzelzwangsvollstreckung.	1239
1. Maßnahmen der Zwangsvollstreckung vor Antragstellung auf Verfahrenseröffnung.	1239

2.	Maßnahmen der Zwangsvollstreckung nach der Antragstellung auf Verfahrenseröffnung.	1241
3.	Maßnahmen der Zwangsvollstreckung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	1243
VI.	Antragsmuster	1247
1.	Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	1247
2.	Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung	1248
3.	Antrag auf Einleitung des Schutzschirmverfahrens.	1248
4.	Gläubigerantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	1249
C.	Das Regelinsolvenzverfahren im Überblick.	1250
I.	Die Eröffnungsentscheidung des Insolvenzgerichts (§§ 27 ff. InsO)	1250
1.	Die Eröffnungsentscheidung des Insolvenzgerichts	1250
2.	Auswahl und Bestellung des Insolvenzverwalters	1254
3.	Anordnung der Eigenverwaltung.	1255
4.	Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung	1256
II.	Anmeldeverfahren (§§ 174 ff. InsO)	1257
1.	Anforderungen an die Forderungsanmeldung	1257
2.	Insolvenzforderungen, Absonderungs- und Aussonderungsrechte	1258
3.	Tabellenführung durch Insolvenzverwalter und Insolvenzgericht	1260
III.	Forderungsprüfung (§§ 176 ff. InsO)	1260
1.	Gesetzliche Ausgangslage	1260
2.	Vorbereitung, Durchführung und Rechtsfolgen der Prüfung	1261
IV.	Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse (§§ 80, 148, 159 InsO)	1263
V.	Insolvenzanfechtung (§§ 129 ff. InsO)	1265
1.	Funktion der Insolvenzanfechtung	1265
2.	Gläubigerbenachteiligung	1266
3.	Anfechtungsgründe	1267
a)	Deckungsanfechtung gemäß §§ 130, 131 InsO	1268
b)	Anfechtung unmittelbar benachteiligender Rechtshandlungen gemäß § 132 InsO.	1272
c)	Anfechtung vorsätzlich benachteiligender Rechtshandlungen gemäß § 133 InsO.	1273
d)	Anfechtung wegen unentgeltlicher Leistungen gemäß § 134 InsO	1274
e)	Anfechtung der Rückführung von Gesellschafterdarlehen gemäß § 135 InsO.	1275
4.	Rechtsfolgen der Anfechtung	1275
VI.	Verteilung der Insolvenzmasse (§§ 187 ff. InsO)	1276
1.	Durchführung von Abschlagsverteilungen	1276
2.	Schlussverteilung	1281

VII. Beendigung des Insolvenzverfahrens im Anschluss an die Schlussverteilung (§§ 197 ff. InsO)	1284
VIII. Verfahrenseinstellung (§§ 207 ff. InsO)	1285
D. Das Insolvenzplanverfahren.....	1287
I. Einleitung	1287
II. Überblick über die Planerstellungsphase.....	1290
1. Zulässigkeit des Insolvenzplans	1290
2. Vorlageberechtigung und Vorlageverpflichtung.....	1291
a) Planinitiativrechte gemäß § 218 Abs. 1 InsO.....	1291
b) Beauftragung des Insolvenzverwalters zur Planerstellung gemäß § 218 Abs. 2 InsO.....	1292
3. Auswahl des Vorlagezeitpunktes	1292
a) Der sog. „Pre-Packed-Plan“	1293
b) Vorlage des Insolvenzplans im Eröffnungsverfahren	1293
c) Vorlage des Insolvenzplans während des Insolvenzverfahrens	1293
4. Zulässige Planinhalte des Insolvenzplans.....	1294
a) Übersicht	1294
b) Zwingendes Gesetzesrecht als Gestaltungsgrenze	1294
c) Abweichende Regelung der Befriedigung der Gläubiger.....	1294
d) Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse.....	1295
e) Verteilung des Vermögens.....	1295
f) Abweichende Regelung der Haftung des Schuldners	1296
g) Zusammenfassung.....	1296
5. Aufbau eines Insolvenzplans.....	1296
a) Überblick	1296
b) Inhalt des Darstellenden Teils des Insolvenzplans.....	1297
c) Inhalt des Gestaltenden Teils	1300
aa) Überblick.....	1300
bb) Änderung der Rechtsstellungen der Beteiligten	1300
cc) Änderung der Rechte der Absonderungsberechtigten... ..	1301
dd) Änderung der Rechte der Insolvenzgläubiger	1301
ee) Änderung der Rechte der nachrangigen Insolvenzgläubiger	1301
ff) Änderungen der Rechte der Anteilseigner.....	1302
gg) Änderung der Rechte und Pflichten des Schuldners	1302
hh) Gruppenbildung	1302
ii) Überwachung der Planerfüllung.....	1303
jj) Kreditrahmenregelung	1304
kk) Beschlüsse der Gläubigerorgane	1305
ll) Minderheitenschutzklausel	1305
mm) Dokumentation	1306
III. Vorprüfung des Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht.....	1306
1. Umfang der Prüfungskompetenz	1306
2. Anhörung von Beteiligten	1308

IV. Das Erörterungs- und Abstimmungsverfahren	1309
1. Erfordernis eines Erörterungs- und Abstimmungstermins	1309
2. Festlegung der Stimmrechte im Abstimmungstermin	1310
3. Abstimmung in Gruppen	1311
4. Mehrheitserfordernisse	1311
5. Ersetzungsbefugnis des Insolvenzgerichts	1312
6. Zustimmung der nachrangigen Gläubiger und des Schuldners ..	1313
7. Bestätigung des Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht	1314
8. Rechtsmittel	1314
9. Wirkungen der Planbestätigung und Aufhebung des Insolvenzverfahrens	1316
a) Wirkungen der Planbestätigung	1316
b) Aufhebung des Insolvenzverfahrens	1317
V. Überwachung der Insolvenzplanerfüllung und Vollstreckung aus dem Insolvenzplan	1318
1. Überwachung der Planerfüllung	1318
2. Die Vollstreckung aus dem Insolvenzplan	1319
VI. Zusammenfassung	1320
E. Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung	1321
I. Einleitung	1321
II. Einleitung des Verbraucherinsolvenzverfahrens	1322
1. Persönliche Voraussetzungen	1322
2. Antragsvoraussetzungen	1323
3. Verfahrenskostenstundung	1325
a) Grundsatz	1325
b) Personeller Anwendungsbereich der Stundungsvorschriften	1325
c) Voraussetzungen für eine Stundung der Verfahrenskosten ..	1325
d) Beschluss des Insolvenzgerichts	1326
III. Außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	1326
IV. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	1327
1. Einleitung des gerichtlichen Verfahrens	1327
2. Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens	1328
V. Restschuldbefreiungsverfahren	1329
1. Grundsatz	1329
2. Antragstellung durch den Schuldner	1330
3. Verfahren über die Restschuldbefreiung	1330
a) Erteilung/Versagung der Restschuldbefreiung im Beschluss	1330
b) Rechtswirkungen der Restschuldbefreiung	1332
4. Muster Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	1334

KAPITEL 7
Die Gläubigeranfechtung außerhalb
des Insolvenzverfahrens

A. Einleitung	1339
B. Abgrenzung zur Anfechtung nach der Insolvenzordnung	1341
I. Grundsätze	1341
II. Übergang von der allgemeinen Gläubigeranfechtung zur Insolvenzanfechtung	1342
1. Behandlung von anfechtenden Insolvenzgläubigern	1342
2. Behandlung von anfechtenden Massegläubigern	1344
3. Behandlung von anfechtenden absonderungsberechtigten Gläubigern	1344
4. Behandlung von anfechtenden aussonderungsberechtigten Gläubigern	1344
III. Überschneidung der Anfechtungstatbestände nach AnfG und InsO	1344
1. Grundsatz	1344
2. Anfechtungstatbestände in InsO und AnfG	1345
C. Das Verfahren zur Durchsetzung der Anfechtung nach dem AnfG	1347
I. Parteien im Verfahren nach dem Anfechtungsgesetz	1347
1. Grundsatz	1347
2. Anfechtung gegen den Rechtsnachfolger	1347
II. Anfechtungsberechtigung eines Gläubigers	1348
1. Vollstreckbarer Schuldtitel	1349
2. Fälligkeit eines Hauptanspruches	1350
3. Unzulänglichkeit des Schuldnervermögens	1351
III. Zeitliche Abgrenzung der Verfahren aus der Sicht des Gläubigers	1352
1. Gläubigersituation vor der Anfechtung bzw. Stellung eines Insolvenzantrages	1352
2. Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach Geltendmachung der Anfechtung	1352
IV. Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs	1353
1. Vorgehen des Gläubigers gegen den Anfechtungsgegner	1353
2. Vorgehen des Gläubigers gegen Dritte	1354
V. Rechtshandlungen des Schuldners	1354
VI. Objektive Gläubigerbenachteiligung	1355
VII. Anfechtungstatbestände	1356
1. Übersicht	1356
2. Vorsatzanfechtung gemäß § 3 Abs. 1 AnfG	1356
3. Vorsatzanfechtung gemäß § 3 Abs. 4 AnfG	1360
4. Anfechtung unentgeltlicher Leistungen	1361
5. Anfechtung von Rechtshandlungen des Erben	1362

6. Anfechtung der Sicherung oder Befriedigung von Gesellschafterdarlehen	1363
a) Sinn und Zweck der Anfechtung gemäß §§ 6, 6a AnfG.	1363
b) Tatbestand von § 6 AnfG.	1364
VIII. Zeitliche Einschränkungen durch Fristen.	1365
IX. Gegenansprüche des Anfechtungsgegners.	1366
1. Wiederaufleben von Ansprüchen.	1366
2. Verwendungs- und Aufwendungsersatzansprüche.	1367
X. Sicherung des Anfechtungsanspruchs.	1367

KAPITEL 8

Arrest und einstweilige Verfügung

A. Grundlagen des Arrestes und der einstweiligen Verfügung.	1371
I. Verfassungsrechtliche Bedeutung und andere Verfahrensrechte	1371
II. Verhältnis von Arrest und einstweiliger Verfügung	1373
III. Erkenntnisverfahren	1374
1. Anwendbare Vorschriften.	1374
2. Verfahrensantrag	1375
a) Inhalt	1375
b) Form	1375
c) Rechtsfolgen eines Verfahrensantrags	1376
3. Rechtsweg, Zuständigkeit und Vorfragenkompetenz.	1377
a) Rechtsfolgen eines Verfahrensantrags	1377
b) Schiedsvereinbarung	1377
c) Ausschließliche Zuständigkeit	1377
d) Vorfragenkompetenz.	1378
4. Streitgegenstand, Rechtshängigkeit und Rechtskraft.	1379
a) Streitgegenstand	1379
b) Rechtshängigkeit	1379
c) Rechtskraft	1380
5. Verfahrensbeteiligte.	1381
6. Rechtsschutzbedürfnis	1382
7. Gang des Erkenntnisverfahrens – Verfahrensgrundsätze – Entscheidung.	1383
a) Anordnung einer mündlichen Verhandlung – Schutzschrift.	1383
b) Verhandlungsgrundsatz, Darlegungs- und Beweislast, Beweisführung.	1385
c) Verfügungsgrundsatz	1386
d) Art der Entscheidung	1387
8. Rechtsbehelfe	1388
a) Urteil – Berufung, Einspruch	1388
b) Beschluss – Sofortige Beschwerde, Widerspruch.	1388
c) Aufhebungsantrag wegen veränderter Umstände.	1391

d) Antrag auf Durchführung des Hauptsacheverfahrens	1392
e) Rechtfertigungsverfahren bei einstweiliger Verfügung	1393
9. Muster: Antrag auf Erlass eines dinglichen Arrestes	1394
10. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung.	1396
B. Anordnung von Arrest und einstweiliger Verfügung	1398
I. Arrest	1398
1. Allgemeines	1398
2. Arrestanspruch	1398
3. Arrestgrund	1400
a) Allgemeines.	1400
b) Dinglicher Arrest	1401
c) Persönlicher Arrest	1403
4. Inhalt des Arrestbefehles	1404
II. Einstweilige Verfügung	1405
1. Allgemeines	1405
2. Die Sicherungsverfügung – § 935 ZPO.	1406
a) Verfügungsanspruch.	1406
b) Verfügungsgrund.	1406
3. Die Regelungsverfügung – § 940 ZPO	1407
a) Streitiges Rechtsverhältnis	1407
b) Verfügungsgrund.	1408
4. Inhalt der Sicherungs- oder Regelungsverfügung – § 938 ZPO	1409
a) Antragsbindung – Keine Vorwegnahme der Hauptsache	1409
b) Sequestration	1410
c) Verbote	1410
d) Gebote	1411
5. Die Leistungsverfügung	1411
a) Allgemeines.	1411
b) Leistungsverfügung auf Zahlung	1412
c) Leistungsverfügung auf Herausgabe einer Sache	1413
d) Leistungsverfügung auf Unterlassung von Handlungen	1413
e) Leistungsverfügung auf Abgabe einer Willenserklärung oder Vornahme sonstiger Handlungen	1415
f) Feststellende einstweilige Verfügungen.	1417
6. Inhalt der Leistungsverfügung	1417
C. Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung.	1418
I. Voraussetzungen.	1418
1. Allgemeines	1418
2. Allgemeine Vollziehungsvoraussetzungen.	1418
a) Titel	1418
b) Klausel	1419
c) Zustellung	1419
3. Einhaltung der Vollziehungsfrist – § 929 Abs. 2 ZPO	1421
a) Allgemeines.	1421
b) Beginn und Ende der Frist.	1421

c) Wahrung der Frist	1422
aa) Arrest	1422
bb) Einstweilige Verfügung	1423
d) Folgen der Fristversäumung	1425
II. Einzelheiten der Arrestvollstreckung	1426
1. Überblick	1426
2. Vollstreckung des dinglichen Arrestes	1426
a) Vollziehung in das unbewegliche Vermögen – § 932 ZPO	1426
b) Vollziehung in das bewegliche Vermögen – §§ 930, 931 ZPO	1428
aa) Sachpfändung	1429
bb) Forderungspfändung	1430
c) Pfändung eingetragener Schiffe und Schiffsbauwerke	1432
3. Vollstreckung des persönlichen Arrestes	1432
a) Anordnung der Verhaftung	1432
b) Mildere Maßnahmen: Hausarrest, Meldepflicht, Wegnahme von Ausweispapieren	1433
4. Aufhebung der Arrestvollziehung – § 934 ZPO	1433
III. Einzelheiten der Vollstreckung einstweiliger Verfügungen	1435
1. Sicherungs- und Regelungsverfügungen	1435
2. Leistungsverfügungen	1435
IV. Rechtsbehelfe	1435
V. Schadensersatz – § 945 ZPO	1436
1. Allgemeines	1436
2. Ungerechtfertigte Anordnung	1437
3. Aufhebung nach § 926 Abs. 2 oder § 942 Abs. 3 ZPO	1438
4. Vollziehungs- und Vollziehungsabwendungsschaden	1439
D. Grenzüberschreitende vorläufige Kontenpfändung	1442
I. Europarechtlicher Hintergrund	1442
II. Geltungsbereich	1442
III. Verfahren auf Erlass einer vorläufigen Verfügung	1444
1. Zuständigkeit	1444
2. Antrag	1445
3. Wirkung des Antrages	1447
4. Anordnungsgrund	1447
5. Anordnungsanspruch	1448
6. Gerichtliche Entscheidung	1448
7. Weitere Verfahrensregeln	1449
8. Einleitung des Verfahrens der Hauptsache	1449
IV. Vollziehung	1450
V. Geltungsdauer der vorläufigen Pfändung	1453
VI. Rechtsbehelfe	1454
a) Rechtsbehelfe des Schuldners	1454
b) Rechtsbehelfe des Gläubigers	1455
c) Rechtsbehelfe eines Dritten	1456
VII. Haftung und Schadensersatz	1456

KAPITEL 9
Die Kosten der Zwangsvollstreckung

A. Die Kostenpflicht des § 788 ZPO	1461
I. Grundlagen	1461
II. Begriffsdefinition	1462
1. Vorbereitungskosten	1462
2. Durchführungskosten	1463
III. Notwendige Kosten	1463
IV. Kostenschuldner	1464
V. Beitreibung der Kosten	1465
VI. Rechtsbehelfe	1466
VII. Kostenfestsetzung	1467
1. Zuständigkeiten	1467
2. Das Festsetzungsverfahren	1468
a) Verfahrensrecht	1468
b) Inhaltliche Prüfung	1470
c) Entscheidung und Rechtsmittel	1470
VIII. Erstattungsanspruch des Schuldners	1471
1. Einschränkungen	1471
2. Inhalt des Erstattungsanspruchs	1472
3. Geltendmachung des Anspruchs	1472
IX. Billigkeitshaftung des Gläubigers	1472
X. Vergütungsfestsetzung nach § 11 RVG	1473
XI. Muster Antrag auf Festsetzung von Vollstreckungskosten	1474
B. Gerichtskosten	1477
I. Kostenrechtliche Grundlagen	1477
1. Gebühren- und Auslagentatbestände	1477
2. Fälligkeit	1477
3. Kostenschuldner	1478
a) Antragsteller	1478
b) Entscheidungs- oder Übernahmeschuldner	1478
c) Spezielle Vollstreckungsverfahren	1479
4. Vorauszahlungs- bzw. Vorschusspflicht	1479
a) Vorauszahlung	1479
b) Vorschüsse	1480
II. Gerichtskosten für gerichtliche Handlungen	1480
1. Gebühren erster Rechtszug	1480
2. Auslagen	1483
a) Dokumentenpauschale	1484
b) Pauschale für Zustellungen	1484
c) Öffentliche Bekanntmachungen	1484
d) Sachverständigenvergütung	1484
e) Weitere Auslagen	1485
3. Beschwerden und Rechtsbeschwerden	1485
a) Verteilungsverfahren	1485

b) Sonstige Beschwerden	1485
c) Rechtsbeschwerde	1486
d) Auslagen für das Beschwerdeverfahren	1487
III. Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung, Zwangsliquidation einer Bahneinheit	1487
1. Zwangsversteigerung	1487
a) Anordnung der Zwangsversteigerung	1487
b) Durchführung des Zwangsversteigerungsverfahrens	1488
2. Zwangsverwaltung	1491
3. Zwangsliquidation einer Bahneinheit	1492
4. Beschwerden und Rechtsbeschwerden	1493
a) Beschwerde gegen die Anordnung	1493
b) Sonstige Beschwerden	1494
c) Rechtsbeschwerden	1494
IV. Insolvenzverfahren	1495
1. Eröffnungsverfahren	1496
a) Gebühren	1496
b) Auslagen	1497
c) Fälligkeit und Kostenschuldner	1497
d) Abweisung mangels Masse	1498
2. Durchführung des Insolvenzverfahrens	1498
a) Antrag des Schuldners	1498
b) Antrag eines Gläubigers	1499
c) Fälligkeit und Kostenschuldner	1499
3. Besonderer Prüfungstermin und schriftliches Prüfungsverfahren	1500
4. Restschuldbefreiung	1500
5. Beschwerden und Rechtsbeschwerden	1501
a) Sofortige Beschwerden	1501
b) Sonstige Beschwerden	1501
c) Rechtsbeschwerden	1502
6. Der Auslagentatbestand KV Nr. 9017 GKG	1502
a) Kostenstundung gem. § 4a InsO	1503
b) Erhebung der Kosten bei Kostenstundung	1503
V. Arrest und einstweilige Verfügung	1504
VI. Gebührentatbestände nach dem FamGKG	1504
1. Vollstreckung durch das Familiengericht	1504
2. Gebühren und Auslagen nach dem FamGKG	1504
C. Gerichtsvollzieherkosten	1507
I. Gesetzliche Grundlagen	1507
1. Der Aufbau des GvKostG	1507
2. Kosten- bzw. Gebührenfreiheit	1508
3. Fälligkeit der Kosten	1508
4. Kostenschuldner	1508
5. Erhebung eines Vorschusses	1509

a)	Höhe des Vorschusses.....	1509
b)	Rechtsbehelfe gegen die Anordnung eines Vorschusses	1510
II.	Gebühren und Auslagen für die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	1511
1.	Zusammenwirken von § 3 und § 10 GvKostG	1511
2.	Der Auftrag als Oberbegriff	1512
a)	Ein Auftrag kraft Gesetzes	1512
b)	Kombi-Auftrag	1514
c)	Vorpfändung.....	1514
3.	Erteilung des Auftrags.....	1514
4.	Durchführung des Auftrags	1515
a)	Unterstellung der Auftragsdurchführung	1515
b)	Aufenthaltort des Schuldners nicht bekannt	1515
c)	Rücknahme des Antrages	1516
5.	Abgeltungsbereich der Gebühren.....	1516
a)	Das Kostenverzeichnis zum GvKostG	1517
b)	Zustellung auf Betreiben der Parteien	1517
c)	Vollstreckung	1518
aa)	Pfändung.....	1520
bb)	Gütliche Erledigung	1520
cc)	Vermögensauskunft und Vermögensverzeichnis	1520
dd)	Kombi-Auftrag.....	1521
d)	Verwertung	1522
e)	Besondere Geschäfte	1523
f)	Nicht erledigte Amtshandlung	1524
g)	Erfüllung der gebührenrechtlichen Voraussetzungen	1525
h)	Nichterhebung der Erledigungsgebühr	1526
i)	Auslagen	1527
aa)	Dokumentenpauschale	1529
bb)	Entgelte für Zustellungen mit Zustellungsurkunde	1530
cc)	Pauschale für die Benutzung des eigenen Beförderungsmittels.....	1530
dd)	Wegegeld.....	1530
ee)	Auslagenpauschale.....	1531
III.	Beitreibung der Kosten	1532
D.	Rechtsanwaltskosten.....	1533
I.	Gesetzliche Grundlagen	1533
II.	Auftrag und Angelegenheit in der Vollstreckung.....	1534
1.	Der Auftrag.....	1534
2.	Die Angelegenheit	1534
a)	Angelegenheit Vollstreckung	1535
b)	Vollstreckungsangelegenheit im Verhältnis zur Hauptsache.....	1536
c)	Einzelne oder mehrere Vollstreckungsangelegenheiten	1537
d)	Nur dem Vollstreckungsverfahren zugehörig	1539

III. Allgemeine Vollstreckung	1540
1. Gegenstandswerte	1540
a) Pfändung eines bestimmten Gegenstands.....	1540
b) Pfändung von Arbeitseinkommen	1541
c) Verteilungsverfahren	1541
d) Wert bei herauszugebenden oder zu leistenden Sachen	1542
e) Handlung, Duldung oder Unterlassung	1542
f) Vermögensauskunft	1542
2. Gebühren und Auslagen.....	1543
a) Die Verfahrensgebühr.....	1543
b) Die Terminsgebühr	1545
c) Auslagen	1546
IV. Weitere Gebühren in Vollstreckungsangelegenheiten	1546
1. Die Einigungsgebühr	1546
2. Die Beratungsgebühr	1548
3. Die Geschäftsgebühr	1549
4. Die Hebegebühr	1549
V. Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung	1550
1. Gegenstandswert in der Zwangsversteigerung	1550
a) Vertretung des Gläubigers oder eines anderen nach § 9 Nr. 1 und 2 ZVG Beteiligten	1550
b) Vertretung eines anderen Beteiligten, insbesondere des Schuldners	1551
c) Vertretung eines Bieters, der nicht Beteiligter ist.....	1551
2. Gegenstandswert in der Zwangsverwaltung	1551
3. Gebühren in Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	1552
a) Verfahrensgebühr	1552
b) Erhöhung der Gebühr	1552
c) Gebühr auslösender Tatbestand.....	1553
d) Terminsgebühr.....	1554
VI. Insolvenzverfahren	1554
1. Vorbemerkung zu den Gebührentatbeständen.....	1554
2. Der Gegenstandswert im Insolvenzverfahren.....	1554
a) Wert der Insolvenzmasse.....	1555
b) Nennwert der Forderung.....	1555
c) Bestimmung nach billigem Ermessen	1555
3. Gebühren im Insolvenzverfahren	1556
a) Eröffnungsverfahren.....	1556
b) Verfahren über den Schuldenbereinigungsplan	1556
c) Vertretung im eröffneten Insolvenzverfahren	1556
d) Vertretung im Verfahren über einen Insolvenzplan	1557
e) Versagung oder Widerruf einer Restschuldbefreiung.....	1557
4. Terminsgebühr	1558
5. Außergerichtliche Vertretung	1558

VII. Gebühren im Verteilungsverfahren nach der Schiffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung (SVertO)	1558
1. Zum Verfahren	1558
2. Anwaltsvergütung	1559
VIII. Beschwerdeverfahren in Vollstreckungsangelegenheiten	1560
1. Der Gegenstandswert.	1560
2. Gebühren und Auslagen.	1560
Sachverzeichnis.	1563